

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harrenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i>	
Nur ein Wort noch zum „Slesvigismus“-Streit	101
<i>Jörn-Peter Leppien</i>	
Tradition und Zukunft — Zum Beispiel: Martin Rade	103
<i>Harboe Kardel</i>	
Nordschleswig im Wartesaal.....	111
<i>Johannes-H. Meyer</i>	
23. August 1866 – 23. August 1946 – 23. August 1981	
Die Harden im Landesteil Schleswig	125
<i>Gerhard Beier</i>	
Der kunstsinnige Steinmetzgeselle	128
<i>Horst Schwarze</i>	
Kunst am Bau: Uwe Michelsen	140
Umschau ab Seite 144	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich
und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift
und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag
des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge
zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

NUR EIN WORT NOCH ZUM „SLESVIGISMUS“-STREIT

Der Versuch, den Grenzfriedensbund mit dem Slesvigismus-Artikel in den Grenzfriedensheften Nr. 1/81 zu identifizieren, ist nicht gelungen. In der folgenden Nr. 2/81 haben wir kritische Stimmen von deutscher und dänischer Seite dazu veröffentlicht und damit bewiesen, daß wir — wie sonst auch — eine von vielen vertretene Auffassung durch ihren Abdruck zur Debatte stellen. Genau das wollen wir; darum bringen wir z. B. auch immer wieder einmal Aufsätze dänischer Autoren. Dann aber werden wir nie verdächtigt, derselben Auffassung wie die Verfasser zu sein. Wir kommentieren und dokumentieren das Geschehen im Grenzland. Wer unsere Hefte liest und über einige Zeit verfolgt, was drinsteht, wird dieses Bemühen erkennen, vielleicht auch anerkennen.

Freilich sind die Grenzfriedenshefte eine deutsche Zeitschrift; aber nach unserem Verständnis bedeutet das nicht, antidänisch zu sein.

Frederik Rudbeck, der Landessekretär von Dansk Grænseforeningen, der nach Pressemitteilungen gesagt haben soll, der Grenzfriedensbund grabe das Kriegsbeil aus, bleibt den Beweis für diese Behauptung schuldig. Es gibt keine Äußerung von Sprechern des Grenzfriedensbundes, die so gedeutet werden kann. Was es gibt, sind kritische Reaktionen auf dänische Stimmen; und die behalten wir uns auch für die Zukunft vor. Es kann ja nicht sein, daß unsere dänischen Mitbürger von deutscher Seite nur Beifall vertragen können. Sie kritisieren doch auch, was ihnen nicht gefällt.

Wir meinen auch, daß die allgemeine Klage über eine Verschlechterung des Grenzlandklimas nicht berechtigt ist. Was ist denn nach dem Beschluß über die Mandatzahl im Landtag, mit dem sich die dänische Minderheit auch nach unserer Meinung nicht abfinden kann, geschehen? Die Bezuschussungswünsche für das dänische Schulwesen im Lande sind bis heute unerfüllt geblieben. Kein dänischer

Redner läßt eine Gelegenheit aus, diesen Sachverhalt zu beklagen. Wer verstünde das nicht?! Aber das ist doch keine Verschlechterung gegenüber bisherigen Regeln. Die gewünschte Verbesserung tritt nur nicht schnell genug ein. Ist es denn nicht auch schon etwas, daß im Landtag und im Lande auch auf deutscher Seite die Zahl der Befürworter dieser Wünsche eher zu- als abnimmt? Worin eigentlich zeigt sich die behauptete Klimaverschlechterung? Ein Redner der dänischen Årsmøde-Veranstaltungen im Juni 1981 soll gesagt haben: „Töne von 1920 und aus den Jahren nach 1945 sind wieder hörbar. Es ist so, als ob die Skelette des Grenzkampfes aus ihren Gräbern empor gestiegen sind.“ So stand es in Flensburg-Avis. Und das bestreiten wir. Es ist nicht die Wahrheit.

Von deutscher Seite jedenfalls wird kein neuer Grenzkampf initiiert. Rudbeck sollte sich auch mit seiner These: „Schleswig-Holstein ist kein stabiles Land!“ lieber zurückhalten, und zwar im eigenen dänischen Interesse; denn wenn es wirklich — daran denkt er offenbar — zu einem Nord-West-Staat aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen käme, wäre das für die dänische Bevölkerungsgruppe im Norden des Landesteils Schleswig kaum ein Vorteil. Ihr Minderheitscharakter wäre doch wohl noch viel deutlicher als jetzt, und die Mehrheit, die sie für ihre Lebensinteressen gewinnen und von ihren Ansprüchen überzeugen müßte, wäre viel größer. Rudbeck müßte sich also eigentlich freuen, daß es das kleine Land Schleswig-Holstein gibt.

Der Grenzfriedensbund hält es da lieber mit Peter Gorrsen, dem derzeitigen Amtsbürgermeister in Sønderjylland, der vor „neuen Intoleranzen“ im Grenzland warnt und sich zufrieden über die von gegenseitigem Respekt getragene Entwicklung äußert. Daß dieses geschieht, ist auch unsere Meinung, und diesen Weg wollen wir mit allen Deutschen und Dänen, die dasselbe wollen, auch in Zukunft gehen. Einen Wettstreit zwischen Deutsch und Dänisch können wir doch riskieren! Laßt uns nur darauf achten, daß kein Streit und erst recht kein Kampf daraus wird. Oder müssen wir wirklich zufrieden sein, daß wenigstens kein Krieg mehr zwischen Deutschen und Dänen denkbar ist! Das ist nach unserer Meinung entschieden zu wenig! Wie es uns in Zukunft miteinander geht, darf doch nicht für alle Zeiten von den Schatten der Vergangenheit bestimmt werden. Frau Oldenburg, die Gattin des früheren dänischen Botschafters in Bonn, hat laut Flensburg-Avis gesagt: „Die Zeit ist heute reif für Verständnis!“ Sie hat recht!

Artur Thomsen

Tradition und Zukunft — Zum Beispiel: Martin Rade*

I

„Es kann — so meine ich — nicht um die Frage gehen: Tradition ja oder nein? Die Alternative besteht vielmehr darin, an welche Tradition angeknüpft werden soll und in welchem Sinne wir eines historischen Vorganges gedenken.“ Diesem Ausspruch des verstorbenen Altbundespräsidenten Gustav Heinemann liegt die Erkenntnis zugrunde, daß wir uns unseren Traditionen nicht ohne weiteres entziehen können, selbst wenn wir es wollten. Es geht vielmehr darum, einerseits zwischen überlebten, oftmals gefährlichen Traditionen und andererseits für uns noch brauchbaren, in Künftiges deutenden Traditionen klar zu unterscheiden. Wer das nicht tut und sich als Historiker auf die scheinbar objektive Weitergabe von Geschichte beschränkt, der entzieht sich damit den Problemen und Forderungen seiner Gegenwart.

Gerade das wollte Gustav Heinemann nicht. Er redete nicht einer musealen, statischen oder gar reaktionären Traditionspflege das Wort, sondern wünschte einen historischen Beitrag zur Festigung und zum Ausbau des demokratischen Rechtsstaates, eine Auseinandersetzung mit Geschichte also, deren Dimension eine besser zu gestaltende Zukunft ist. — Dabei war es Heinemanns besonderes Anliegen, die in Deutschland weithin verschütteten freiheitlichen Traditionen stärker als bisher ins Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit zu heben. Daß er hier der Orts- und Regionalgeschichte eine wichtige Rolle zumaß, zeigt sich übrigens noch heute an den Aufgaben des von Heinemann ins Leben gerufenen Schülerwettbewerbs des Bundespräsidenten.

Heinemann sah Vergangenheit gleichsam als ein Reservoir für Gegenwart und Zukunftspraxis an. Da aber Geschichte nicht wiederholbar ist, hält sie auch keine verbindlichen Handlungsmuster für heute oder morgen bereit. Wohl aber vermag sie begründete Entscheidungshilfen und handlungsorientierende Einsichten zu vermitteln, ebenso Zuversicht bei der Entwicklung und Durchführung philosophisch oder theologisch verankerter Zukunftsentwürfe, im großen wie im

* Vortrag gehalten bei der Entlassungsfeier für die Abiturienten der Auguste-Viktoria-Schule zu Flensburg, am 13. Juni 1981. — Quellenangaben sowie Literaturhinweise zum Thema finden sich in meinem Buch: Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909—1929. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung und zur Problematik des Nationalismus. Wachholtz Verlag Neumünster 1981 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 77). — Einige Thesen meines Buches sind in diesem Vortrag präzisiert oder weiter ausgeführt. Für seinen Rat bei der Ausarbeitung des Manuskripts danke ich meinem Freund Dr. Manfred Jessen-Klingenberg, Rumohr.

kleinen. — So betrachtet, läßt sich die Beschäftigung mit Geschichte, wie es der englische Historiker Edward Hallet Carr formulierte, als einen „Dialog zwischen Vergangenheit und progressiv auftauchenden zukünftigen Zielen“ bezeichnen. Ich selbst bin durch Heinemann, aber auch durch neuere Ergebnisse der Geschichtstheorie und der historischen Friedensforschung dazu angeregt worden, im Zusammenhang mit der schleswig-holsteinischen Geschichte der von der Forschung bisher zu wenig beachteten Frage nachzugehen: Wo hält sie freiheitlich-demokratische — und damit für uns zukunftsgestaltende — Traditionen verborgen?

Am Beispiel des Marburger Theologen und Publizisten Martin Rade möchte ich im folgenden zu zeigen versuchen, wie sich vielleicht Vergangenheit im Heinemannschen Sinne in Zukunft ummünzen läßt. Rade hat sich in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg unter anderem für einen Ausgleich im deutsch-dänischen Nationalitätenkampf eingesetzt. Zunächst mag ein kurzer Einblick in Leben und Werk Martin Rades gegeben werden, ohne jedoch seine Person isoliert von den politischen und sozialen Strömungen seiner Zeit zu betrachten. — Danach möchte ich, wiederum in der gebotenen Kürze, der Frage nachgehen, wo sich aus der historischen Analyse Perspektiven für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft ergeben könnten.

II

1857 als Sproß eines lutherischen Pfarrhauses in der Oberlausitz geboren, fand Rade während des Theologiestudiums den Weg vom orthodoxen Luthertum zu selbständig-kritischem theologischen Denken, mit starker Hinwendung zu ethischen Fragen. — Nach langjähriger Tätigkeit als Gemeindepastor und nach seiner Habilitation wurde Rade 1900 außerordentlicher Professor für systematische Theologie in Marburg; eine ordentliche Professur erhielt er erst 1921, zur Zeit der Weimarer Republik.

Rades Theologie erging sich nicht in wohlfeilen Worten und schloß sich auch nicht in den Elfenbeinturm der Wissenschaft ein, sie wurde von dem Bedürfnis nach Verwirklichung getragen, d. h. sich immer wieder unmittelbar und konkret an ethischen Problemen zu bewähren, die mit dem Politischen eng verknüpft waren — insbesondere dort, wo es darum ging, Mängel und Mißstände aufzudecken und zu ihrer Überwindung beizutragen. — Wie sein Schwager, der bekannte Theologe und Politiker Friedrich Naumann, gehörte Rade zu den Initiatoren der christlich-sozialen Bewegung; wie dieser fand er seine politische Heimat bei den Linksliberalen, ohne jedoch ein Jota seiner geistigen und politischen Unabhängigkeit preiszugeben. — Als Medium für seine theologischen und politischen Stellungnahmen stand Rade vor allem das vielgelesene Wochenblatt „Die Christliche Welt“ zur Verfügung, das er mitbegründet hatte und von 1887 bis

1931 als verantwortlicher Herausgeber betreute.

Wenn man nach den Wurzeln für Rades Entwicklung gräbt, die für einen Bildungsbürger und erst recht einen protestantischen Theologen seiner Zeit ganz untypisch ist, so stößt man sofort auf die Pfahlwurzel einer tiefen Gläubigkeit, die ihm Kraft und persönlichen Halt vermittelte. Zugleich aber drängte sie auf gesellschaftliche Verwirklichung der christlichen Botschaft, weil sie gepaart war mit einem starken Sendungsbewußtsein, einem ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und mit einer Intellektualität, die es ihm nicht erlaubte, seine Vernunft theologischen Dogmen und politischen Gegebenheiten ohne weiteres unterzuordnen.

Neben dem Christentum fühlte sich Rade nämlich dem Gedankengut des Humanismus und vor allem der Philosophie Immanuel Kants verpflichtet. Im Rückgriff auf Kant gab er einer seiner Schriften den programmatischen Titel „Mehr Idealismus in der Politik“, verstand er sich doch je länger je mehr als einen Idealisten, als einen Idealisten freilich, der wie Kant davon ausging, daß sich Ideen stets nur in Annäherung verwirklichen lassen und ohne Praxisbezug zur sinnlosen Spielerei werden. Ideen, meinte Rade, „die nicht einmal annähernd in der Wirklichkeit erreicht werden können“, würden „sich niemals halten und durchsetzen können ... So sind die Ideen verflochten mit der realen Welt, mit der Geschichte, ganz gewiß.“

Eine zentrale Rolle spielte für Rades Denken und Handeln auch Kants Ethik, die allein dem Handeln aus vernunftsgebundener Pflicht, nicht aber der persönlichen Neigung oder gar dem Lustprinzip, moralischen Wert beimißt. So hat Rade nicht zufällig eine seiner Schriften „Unsere Pflicht zur Politik“ genannt, womit er die Pflicht des mündigen Bürgers meinte, zur Umwandlung der Gesamtpolitik im Sinne der „Gerechtigkeit und Redlichkeit im Staatswesen“ aktiv beizutragen. Von der Basis des Christentums und der weltbürgerlichen Philosophie, wie sie Kant etwa in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ vorgetragen hatte, nahm Martin Rade auch zu der zentralen Frage Stellung, wie eine dauerhafte Friedensordnung zu erreichen sei. Bereits 1899 vertrat er die Auffassung, daß der Friede ein wertvolles „Gut“, „der Krieg immer ein Unglück, und zuweilen ein Verbrechen“ darstelle. Wo immer er Gelegenheit fand, bekämpfte er das imperialistische, zum Krieg treibende Wirken der alldeutschen Kreise, ebenso wie den Kriegsfatalismus orthodoxer Lutheraner. Er empfand es als ein Versagen der *Christenheit* — nicht aber des *Christentums* —, daß sich gerade Theologen mit Beiträgen zur sittlichen Rechtfertigung des Krieges hervortaten, während sie doch von ihrem Auftrag her auf der Seite der „Friedfertigen und der Friedensstifter“ zu finden sein müßten. Dabei lehnte Rade den Machtstaatsgedanken nicht rundweg ab, doch verband er Macht nicht mit Gewalt als politischem Mittel, sondern mit Einfluß, wie er schrieb, „im Dienste der Gesamtkultur, der Humanität, der Völkerfamilie, die wir unserer

Bestimmung nach sind und zu der wir an der Hand der Weltgeschichte immer mehr werden müssen.“ — Als ein Freund und Gesinnungsgenosse des Völkerrechtlers Walter Schücking, der die Idee des Völkerbundes maßgeblich entwickelt hat, und als aktives Mitglied zahlreicher nationaler wie internationaler Friedensorganisationen setzte sich Rade dafür ein, die Gefahr eines Krieges durch unermüdliche Verständigungsversuche und die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung zu bannen. „Eine Diplomatie, die nur auf Heer und Flotte pocht“, meinte er, „kann jeder Quartaner treiben.“

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges geriet Rade freilich in einen schweren Konflikt zwischen seiner Friedensgesinnung und seinem zeitgebundenen Patriotismus. Im Gegensatz zu den allermeisten seiner Zeitgenossen hat er gleichwohl schon im August 1914 treffend erkannt, daß man deutscherseits „von keinem reinen Verteidigungskrieg“ reden konnte: „Wir waren auch mitschuldig an dem bisherigen Zustande, der nur einen Nicht-Krieg bedeutete, aber keinen Frieden.“ Diese Einsicht erlaubte es Rade, gleich 1918 den Gedanken des Völkerbundes wieder aufzunehmen. Hinzu kommt, daß er sich bei aller Verbitterung über Teile des Versailler Vertrages nicht wie so viele seiner Zeitgenossen dem Haß auf die Siegermächte hingab, sondern in geradezu entwaffnender Konsequenz auf das christliche Liebesgebot setzte. Feinde liebe man „nicht auf Erfahrung“, meinte er, „sondern auf Hoffnung“.

Leidenschaftlich wandte er sich in der Weimarer Zeit gegen jene Kräfte, auch in der obersten Kirchenleitung, die alles Übel auf Versailles und die Träger der deutschen Revolution von 1918 abzuwälzen suchten; das eigentliche Übel, meinte Rade, sei in persönlicher Selbstsucht, Gruppeninteressen, Mangel an Nächstenliebe zu suchen, in sozialen Defiziten also im Zusammenleben der Deutschen untereinander.

Rade sah sich nämlich verpflichtet, Versäumnisse und Schuld nicht nur bei anderen, sondern zunächst im eigenen Hause zu suchen. Er verstand daher Frieden auch nicht bloß als ein internationales, sondern zu allererst als ein nationales, innenpolitisches Problem. Der landläufige Friedensbegriff wurde so, ganz im Sinne übrigens der modernen Friedensforschung, durch eine soziale Komponente ergänzt. — National sein bedeutet für Rade schon vor 1914 nicht eine Abgrenzung nach außen, sondern zunächst eine Verpflichtung nach innen. In seinen Augen war „die eigentliche nationale Frage die: wie die Kluft zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu überbrücken sei? wie die Zerklüftung in Vermögens-, Rang- und Berufsklassen, in der wir ebenso lächerlich wie frivol uns gefallen, zu unterdrücken sei?“

Rade konnte so erkennen, daß im wilhelminischen Deutschland Unfrieden herrschte, der zugleich die Disposition für einen Krieg nach außen schuf, dies um so mehr, als der soziale Unfriede durch nationale Hybris, Chauvinismus und

antidemokratisches Denken vieler Bürger begleitet wurde. — Am Rande sei vermerkt, daß der Berliner Historiker und freikonservative Politiker Hans Delbrück Martin Rade eben wegen dessen innenpolitischer Friedensarbeit 1911 für den Friedensnobelpreis in Vorschlag gebracht hat.

Freilich sah Rade die Innenpolitik stets in größeren Zusammenhängen. So wurde auch seine ausgeprägte Vaterlandsliebe von einem christlich und kosmopolitisch begründeten Internationalismus überlagert, der seinem Nationalgefühl von vornherein jede aggressive Spitze nahm. „Wie die Dinge sich heute entwickelt haben“, so Rade 1913, „können wir das Evangelium heute gar nicht mehr anders verstehen als religiös-sozial, d. h. aber international. Die Nation ist damit nicht verneint; die Nationen sind nur eben das Subjekt einer internationalen Ethik geworden.“

Sein komplexer Friedens- und Nationsbegriff erlaubte Rade auch die Erkenntnis, daß sich die Unfähigkeit des Kaiserreichs, seine inneren Spannungen rational und moralisch vertretbar zu lösen, je länger je mehr auch in dessen Verhältnis zu den nicht-deutschen Minderheiten äußerte. Diese machten rund 10 % der Gesamtbevölkerung im Bismarckschen „Nationalstaat“ aus. Was die Dänen Nordschleswigs betrifft, so waren sie wie die Polen in den Ostgebieten und die Franzosen in Elsaß-Lothringen gegen ihren Willen dem Deutschen Reich einverleibt worden. Ihrem berechtigten Wunsch nach Vereinigung mit ihrem Mutterland stand jedoch eine Politik gegenüber, die sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradierte. Auf administrativem Wege, vor allem durch Sprachzwang, wurde versucht, sie einzudeutschen. Diese Politik, die zugleich das größte Hindernis für eine Aussöhnung zwischen Dänemark und Deutschland nach dem Krieg von 1864 darstellte, wurde von der „nationalen“ Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein wie im Reich mitgetragen, oder sogar forciert.

Für Rade war diese Politik ein Unrecht. Zwar könne man nicht gegen alles Unrecht kämpfen, „aber wem da aus der Fülle sich das Einzelne vors Gewissen legt, der muß auch reden und handeln.“ An Rades Gewissen hatte nämlich der Kopenhagener Theologieprofessor und spätere Bischof in Hadersleben Valdemar Ammundsen appelliert, als er Rade 1909 in einem Offenen Brief die Frage stellte, wie es sich „moralisch, geschweige denn christlich verantworten“ ließe, den nordschleswigschen Dänen die Rückkehr in ihr Mutterland zu verweigern.

Für die Abtretung Nordschleswigs mochte sich Rade freilich vor dem Ersten Weltkrieg nicht einsetzen. Sein zeitbedingter und zugleich zukunftsweisender Patriotismus ließ ihn jedoch auf ein vereinigtes Europa hoffen, das er 1911 als einen „Staatenbund“ beschrieb, „in dem sich Dänemark und Deutschland nicht anders verhalten wie Rhode Island und New York. Dann aber wird die Frage, ob Nordschleswig nicht besser mit Dänemark verbunden wird, als mit Deutschland durchaus zu ventilieren sein. Nur daß es dann auch gar nicht so wichtig ist, auf

welcher Seite der Grenze Nordschleswig liegt.“

Für eine solche Entwicklung galt es in Rades Augen den Weg zu bereiten durch unermüdliche Verständigungsversuche über die Grenze hinweg und durch eine humane Nationalitätenpolitik, die den Wunsch der nordschleswigschen Dänen nach Vereinigung mit ihrem Mutterland respektiere und ihnen ihre Kultur nicht zu nehmen versuche: „Man lasse ihnen ihre Sonderkultur und begreife endlich, daß ein solches Element im Staat, recht verstanden und verarbeitet, uns nur bereichert.“

Da Rade davon ausging, daß man im Reich zu wenig darüber wußte, „wie in Nordschleswig regiert, wie in Nordschleswig Krieg (!) geführt“ würde, gab er unter dem Titel „Grenzmarkenkorrespondenz“ ein Informationsblatt heraus, das regelmäßig an 300 deutsche Zeitungen verschickt und kostenlos der „Christlichen Welt“ sowie drei weiteren vielgelesenen Zeitschriften beigelegt wurde. Immerhin Unterzeichneten 48 bekannte Persönlichkeiten aus dem deutschen Geistesleben und der Politik einen von Rade und Delbrück 1910 initiierten Aufruf zu finanzieller Unterstützung der „Grenzmarkenkorrespondenz“.

Wenn sich Rade trotz solcher Einzelerfolge doch nicht durchsetzen konnte, so lag das an dem allgemeinen politischen Klima im Reich und insonderheit daran, daß ihm aus Nordschleswig selbst keine ernsthafte Unterstützung zuteil wurde. Sogar die kleine Schar Deutscher, die ein gewaltsames Eindeutschen der Dänen ablehnte und denen Rade direkt oder indirekt den Weg gebahnt hatte, zeigte sich nicht bereit, eine Politik mitzutragen, die auf Demokratie und Internationalismus setzte. — Dies wurde noch deutlicher, als auch sie nach der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark infolge der Volksabstimmungen von 1920 mit in den Ruf nach einer Grenzrevision einstimmt. Rade dagegen betrachtete die heute noch geltende Grenze unter den gegebenen Umständen als eine realistische Basis für eine deutsch-dänische Aussöhnung — eine Auffassung, die sich hierzulande erst nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 langsam durchzusetzen begann.

In seiner Zeit freilich schlug Rade — nicht nur wegen seiner Nordschleswig-Politik — eine Welle der „nationalen“ Empörung, ja des Hasses entgegen. Wie die Sozialdemokraten, die nationalen Minderheiten und die Juden schloß man den entschiedenen Demokraten gleichsam aus der „nationalen“ Gemeinschaft aus, indem man ihn mehr oder weniger deutlich als „Reichsfeind“ und „Vaterlandsverräter“ diffamierte. — Während des Ersten Weltkrieges verlor die „Christliche Welt“ wegen Rades Haltung zum Krieg über 600 Abonnenten; ein Leser gestand Rade, daß er mit sich kämpfe, ob er ihn nicht wegen Landesverrats zur Anzeige bringen müsse.

Die „Itzehoe Nachrichten“ glaubten freilich schon 1910 ihre Leser beruhigen zu können: Im Ernstfall werde „die große Volksmehrheit über Rade und alle

Radegenossen zur Tagesordnung“ übergehen. — Tatsächlich haben Rades Mahnungen und Warnungen weder dazu beitragen können, den Ersten Weltkrieg noch die nationalsozialistische Herrschaft zu verhindern. Ihm selbst wurde kurz nach der Machtergreifung 1933 die Pension entzogen, und als er 1940 starb, hatte er noch den Beginn des Zweiten Weltkrieges miterleben müssen. Obgleich Rade während seines ganzen Wirkens für jedermann sichtbare äußere Erfolge weitgehend versagt blieben, hat er sich nie in Resignation oder Verzweiflung stürzen lassen, sondern blieb vielmehr innerlich ungebrochen.

III

Wenn wir uns nun zum Schluß fragen, inwieweit Rade für uns heute noch als Gesprächspartner geeignet scheint, so läßt sich an seinem Beispiel zunächst feststellen, daß Geschichte und Zukunft nicht nur von den Siegern, sondern auch von den *scheinbar* Besiegten gestaltet wird. Rade hat nachweislich dazu beigetragen, daß im Ausland, wo er schon zu Lebzeiten viel Respekt, Anerkennung und manchen Freund fand, das Bild Deutschlands auch in schlimmsten Zeiten nie ganz verfinstert wurde. Rades Denken und Handeln gehört zu den freiheitlichen und friedensfördernden Traditionen, auf die seit 1945 außen- wie innenpolitisch aufgebaut werden konnte.

Demokratische Werte wie Humanität, Menschenwürde, Minderheitenschutz, Gewaltlosigkeit, Recht und soziale Gerechtigkeit, für die Rade kämpfte, sind heute weithin anerkannt. Eine andere Frage ist es, wie es um die konsequente Verwirklichung im persönlichen und staatlichen Bereich steht.

Wer sich aber als mündiger Bürger in dieser Richtung zukunftsgestaltend engagieren möchte, dem vermag die Geschichte zu zeigen, daß kein „Zeitgeist“ so erdrückend, keine Gesellschaft so homogen sein muß, daß sie Einzelnen oder Gruppen nicht Spielraum für eigene zukunftsweisende Entwürfe und entsprechendes Handeln ließe.

Rades Leben und Wirken vermag auch exemplarisch die Einsicht zu vermitteln, daß Idealismus, Mitleidenschaft, Sendungsbewußtsein und Zivilcourage gewiß Motoren für gesellschaftsverändertes Handeln sind. Freilich, die zu erwartenden Widerstände vermögen einen sehr wohl in Resignation und zum Rückzug in die Privatsphäre zu treiben. Diese Gefahr dürfte erheblich geringer sein, wenn die genannten Motoren wie bei Rade verbunden sind mit wertgebundenem Pflichtbewußtsein, Augenmaß, Kompromißfähigkeit, einer hohen Frustrationsschwelle und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein, daß diejenigen, die bloß Lustgewinn und schnelle Erfolge erwarten, am Ende doch nur Unlust und Mißerfolge ernten.

Wer aber gedanklichen und praktischen Vorgriffen auf eine für besser gehaltene Zukunft, die heute vorgetragen werden, eher skeptisch gegenübersteht, sie

womöglich ohne redliche Prüfung ablehnt, den könnte vielleicht die Tatsache nachdenklich stimmen, daß er selbst sich vielfach auf Frauen und Männer beruft, die, ähnlich wie Rade, zu ihrer Zeit als Außenseiter galten und entsprechend gemäßregelt wurden.

Jedenfalls wäre Rades zukunftsgestaltendes Wirken — und nicht nur das seine! — gar nicht denkbar ohne die Haltung eines „Idealisten“, der die Realitäten mit ihren tatsächlichen oder scheinbaren „Sachzwängen“ unter dem Anspruch von vernunftbestimmten, prinzipiell revidierbaren Ideen beurteilte. Den umgekehrten Weg, nämlich sich allein von perspektivlosen Sachzwängen leiten zu lassen, hielt er aus Vernunft- und Glaubensgründen für falsch. Er wollte sich nicht primär an dem orientieren, was ist, sondern an dem, was werden soll. — Es stellt sich m. E. die Frage, ob dies nicht die einzige Methode ist, um die Fülle der uns heute bedrängenden, höchst komplexen Probleme, wie die Verhinderung eines Dritten Weltkrieges, Umweltzerstörung, Rohstoffsicherung, oder Massensterben in den Entwicklungsländern, gleichsam in letzter Stunde noch in den Griff zu bekommen. Da dies nur durch gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene möglich ist, müßte wohl an die Stelle eines vielfach noch zu beobachtenden ebenso ängstlichen wie aggressiven Nationalismus so etwas wie die Idee eines „Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht“ (v. Krockow) treten, auf dem auch Rades friedensförderndes Wirken beruhte.

Nur auf dieser Basis hat er auch daran mitwirken können, das relativ entspannte deutsch-dänische Verhältnis der Gegenwart zu schaffen. Wenn zur Zeit gleichwohl eine Welle gegenseitigen Mißtrauens unsere Region überschwemmt, die von den tatsächlich zu lösenden Problemen nur ablenkt, so dürfte die Ursache dafür auch darin zu suchen sein, daß der kosmopolitisch orientierte Traditionsstrang unserer Geschichte hüben wie drüben im Bewußtsein der Menschen noch nicht tief genug verwurzelt ist. — Eine nationale oder regionale „Identität“, um die man sich heute wieder müht, muß m. E. so lange als geistig anspruchslos und provinziell erscheinen, als sie nicht eindeutig in den Dienst einer transnational und sozial bestimmten praktischen Solidarität *aller* Menschen gestellt wird. Auch für diese Auffassung dürften Leben und Werk Martin Rades historisch begründete Anhalts- und Orientierungspunkte bieten.

Nordschleswig im Wartesaal

Zwischen der Abstimmung am 10. Februar 1920 und der Übergabe des Landes an Dänemark am 11. Juli, lag eine mit Spannung und Unruhe geladene Zeit.

Über die turbulente und aufregende Zeit der Volksabstimmung im Jahre 1920 in den beiden schleswigschen Abstimmungszonen ist sehr viel und sehr ausführlich geschrieben worden, viel weniger über das Danach, über die Auflösung der Abstimmungsfronten diesseits und jenseits der neu gezogenen Staatsgrenze und wie sich die Menschen mit den neuen staatlichen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen abgefunden und angepaßt haben — in einem langen Prozeß, der im Grunde auch heute noch andauert und nicht abgeschlossen ist. Die Zeit „danach“ — vom 10. Februar, dem Tag der Abstimmung in der Ersten Zone, bis zum 11. Juli, dem Tag der Wiedervereinigungsfeier, schildert Dr. Harboe Kardel, diese Zeit der Ungewißheit und des Wartens auf das, was kommen wird, im wesentlichen an Hand eigenen Erlebens. Seine Schilderung möge als Anregung dienen, die „Nachabstimmungszeit“ einmal gründlich zu erforschen und darzustellen, sowohl nördlich als auch südlich der heutigen Grenze. Die Red.

Die Abstimmung in der ersten schleswigschen Zone, die am 10. Februar 1920 stattfand, hatte, aufs Ganze gesehen, eine klare Mehrheit für die dänische Seite ergeben: 25 319 deutsche, aber 75 431 dänische Stimmen lagen in den zwischen der Königsau und dem Scheidebach aufgestellten Wahlurnen.

Auf dänischer Seite waren die nächsten Tage erfüllt von Jubel und Freude. Man atmete auf nach der langen Zeit des Harrens, die seit der Apenrader Entschließung vom November 1918 verstrichen war, in der die dänischen Forderungen für den Volksentscheid, das „Plebiszit“, festgelegt wurden. Man ahnte noch nicht, daß auch nach der Abstimmung eine neue Wartezeit, erfüllt von Spannungen, inneren Kämpfen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, bevorstand, denn nur schrittweise vollzog sich der Prozeß der von der dänischen Bevölkerung ersehnten Wiedervereinigung mit dem Mutterland.

Die vielen Danebrogs, die, von dänischen Freunden gespendet, in Nordschleswig die Siegesfreude verkündet hatten, wanderten nun in die zweite Abstimmungszone. Diesen Weg nahmen auch viele deutsche Fahnen, die bisher in Nordschleswig bei festlichen Anlässen gehißt wurden. Ihre Zeit war dahin.

Fünf Monate gab es einen Staat „Plebiszit“

Regiert wurde das Land zwischen Königsau und Soholmer Au von der fünfköpfigen, in Flensburg residierenden Internationalen Kommission, deren endlose Verordnungen wenig Begeisterung erweckten. „Commission Internationale Slesvig“ war der offizielle Titel, abgekürzt „CIS“; dementsprechend

nannte man das Abstimmungsgebiet „CIS-Staat“ oder „Plebiszit-Staat“. Der Sekretär der Kommission, der Engländer Brudenell Bruce, der mit einer dänischen Dame verheiratet war, wohnte in Kollund.

Die Internationale Kommission, für die Frankreich, England, Schweden und Norwegen je einen Vertreter entsandt hatten, hatte keinen leichten Stand. Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur mußten gelöst werden. Tagtäglich wurden ihr von der Bevölkerung Mißstände vorgehalten: Preissteigerungen, Geldentwertung, Mängel überall, Streikunruhen, dunkle Geschäfte der Schwarzhändler und Spekulanten.

Nach dem deutschen Erfolg in der zweiten Zone gab es einen verstärkten Einsatz für die Tiedje-Linie

In Flensburg und in der zweiten Zone fiel die Entscheidung am 14. März zugunsten Deutschlands. 51503 deutschen standen 12 859 dänische Stimmen gegenüber. Es war der erste Lichtblick nach einer deprimierenden Reihe von Niederlagen, Rückschlägen und einer manchmal hoffnungslosen Defensive. Neuer Mut floß den Männern im deutschen Lager zu, nun mit aller Kraft zum Angriff übergehend, für den deutschen Kompromißvorschlag zur Grenzziehung, die Tiedje-Linie, als die einzig gerechte Grenze zwischen Deutschland und Dänemark einzutreten.

Die Linie war von dem deutschen Sachverständigen, dem nordschleswigschen Pastorensohn Johannes Tiedje aufgezeichnet. Sie verlief nördlich von Hoyer, Tondern und Tingleff und mündete bei Rinckenis in die Flensburger Förde. Ihr wichtigstes Argument war die unbestreitbare Tatsache, daß das Wirtschaftsleben Tonderns abhängig war von seinem südlichen Umland, von dem es nun durch eine Grenze getrennt werden sollte. Der Redakteur Theodor Janke hatte das schon während des Abstimmungskampfes drastisch so ausgedrückt: „Wenn Tondern dänisch wird, dann können auf dem Marktplatz Ziegen grasen.“

Schon gleich nach den Kommunalwahlen des Jahres 1919 hatte Tiedje die Linie skizziert, die seinen Namen tragen sollte. Nach dem 14. März war ein wichtiges Argument hinzugekommen: Diese Linie ließ gleich große Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze zurück, und am 17. März 1920 überreichte der deutsche Bevollmächtigte, Dr. Adolf Köster, den deutschen Grenzvorschlag offiziell in Flensburg der Internationalen Kommission.

Troels Fink nennt in seinem großen, verdienstvollen Abstimmungswerk die Tiedje-Linie einen „gut ausgeführten deutschen Schachzug“. Tatsächlich hatte die Abstimmung in der ersten Zone im Süden Nordschleswigs einen breiten Gürtel ergeben, in dem 6 794 deutsche 5 557 dänischen Stimmen gegenüberstanden, wobei natürlich die beiden Orte Tondern und Hoyer den Hauptanteil stellten. Dazu kam, daß in 16 Gemeinden des Tiedje-Gürtels, in denen die Mehrheit der Stimmen in dänischer, die Mehrheit an Grund und Boden aber in deutscher Hand lag. Kein

Wunder: Bei der überzeugenden Gewichtigkeit der deutschen Argumente fürchtete die dänische Bevölkerung um Hoyer, Tondern und Tingleff zeitweise die Gefährdung ihrer Hoffnungen. Auf deutscher Seite trat auch die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ für die Tiedje-Linie als die wirklich gerechte Grenze ein. Nur sie bereite den Weg für ein gutes deutsch-dänisches Verhältnis. Dasselbe betonte in einem Gespräch mit einer französischen Journalistin der als deutscher Ernährungskommissar fungierende Bauer Wilhelm Iwersen, Munkbrarup. Die Einverleibung Tonderns streite gegen den Geist des Friedensvertrages. Sogar der Generalsekretär Bruce hielt die Tiedje-Linie zeitweise für die beste Lösung, und das englische Kommissionsmitglied Charles Marling meinte, eine kleine Korrektur der Clausen-Linie werde in Dänemark keine bitteren Gefühle auslösen. Aber der französische Vertreter Paul Claudel dachte anders, und bei der letzten Entscheidung spielte die Tiedje-Linie keine Rolle.

Die Besetzung Nordschleswigs durch dänisches Militär

Lange und sehnsuchtsvoll von der dänischen Bevölkerung erwartet, trafen die ersten dänischen Soldaten am 5. Mai in Nordschleswig ein. Auf Fünen bereitgestellt, kam eine Abteilung nach Sonderburg auf dem Kriegsschiff „Olfert Fischer“. Die Offizierspferde und der Wagenpark kamen mit der Bahn, glücklicherweise so rechtzeitig, daß der Chef des 8. Regiments, Oberst C. C. F. Moltke, der schon gefürchtet hatte, zu Fuß Sonderburg betreten zu müssen, sich hoch zu Roß den Sonderburgern zeigen konnte. — Die Soldaten, die aus dem vom Krieg unberührten Dänemark kamen, waren erschüttert über den verwahrlosten Eindruck der Stadt Sonderburg, die von den Mängeln des Krieges gezeichnet war, in der nur die Aufschrift „Kaiserliches Postamt“ an den Glanz früherer Zeiten erinnerte.

Dänische Dragoner kamen mit der Bahn nach Tondern, wo es seitdem einen „Dragonerweg“ gibt. Die dänischen Soldaten waren das erste sichtbare Zeichen für das Nahen des Zeitpunkts der Souveränitätsübergabe; der Jubel der dänischen Bevölkerung war daher nur zu verständlich, während das „Apenrader Tageblatt“ von einem „Tag der Trauer“ sprach.

Zwei Tage später kamen die Blauen Grenzgendarmen, die die Grenzsperr durchführen sollten. Allein 100 kamen nach Tingleff, um von hieraus auf die Grenze zwischen der ersten und der zweiten Abstimmungszone verteilt zu werden.

Schrittweise Übernahme der Verwaltung durch dänische Beamte

Am 6. Mai wurde der Amtmann Haarløv als oberster Verwaltungschef in Nordschleswig eingesetzt, das jetzt drei Regierungen hatte: die Internationale

Kommission, die alten deutschen und die neuen dänischen Behörden. Haarløv nahm seinen Sitz in Apenrade. Die Kommission saß in Flensburg, und die deutsche Abwicklung behandelten der Konsul Metzger in Kolding und der frühere Landrat Trümpelmann in Schleswig. Haarløvs Mitarbeiter war der Jurist Andreas Thulstrup, nachmals Bürgermeister in Hadersleben. Der deutsche Abstimmungskommissar Dr. Köster aber war schon am 10. April deutscher Außenminister geworden.

Groß war die Spannung, mit der reichsdänische Kreise die Entwicklung in Nordschleswig verfolgten. Kurz nach der Abstimmung war eine Abordnung der in Kopenhagen lebenden dänischen Nordschleswiger in Apenrade erschienen und hatte der Stadt einen kostbaren seidenen Danebrog überreicht.

Nach dem Friedensvertrag hatte Dänemark das Recht, das Land sofort nach der Abstimmung zu besetzen und zu verwalten, doch zunächst blieb die deutsche Verwaltung bestehen; es kamen zunächst nur einzelne dänische Beamte, um sich über ihr künftiges Arbeitsgebiet zu informieren. — Als erste kamen Beamte der dänischen Postverwaltung unter dem Oberinspektor Mandrup, die von dem Führer der dänischen Nordschleswiger, dem Abgeordneten Hans Peter Hanssen, in Kolding willkommen geheißen wurden. — Am 12. Mai tauchten die ersten Postboten in ihren knallroten Uniformen in den nordschleswigschen Städten auf. Die in den beiden Zonen herausgegebenen Briefmarken, „Plebiszit-Marken“ genannt, mit dem Aufdruck „1. Zone“ blieben weiter in Geltung und bildeten bald ein begehrtes Sammelobjekt. Die dänische Postverwaltung brachte auch die Liste über die dänische Schreibweise der nordschleswigschen Ortsnamen mit.

Erst am 15. Juni 1920 wurden die Eisenbahnen übergeben. Der Eisenbahner, der die erste Lokomotive nach Tondern steuerte, blieb lange eine lokale Berühmtheit. Als die deutschen Zollbeamten ihre Posten an der Königsau nach 56 Jahren räumten, feierten Tausende bei Schottburg diesen historischen Augenblick. Von den Amtsgebäuden verschwanden die preußischen Adler, und die dänische Bevölkerung jubelte:

Nu kalder Danmark på sine Børn, farvel for evig, du tyske Ørn.

(Dänemark ruft seiner Kinder Schar, Leb' wohl für ewig, du deutscher Aar!)

Anfang Mai waren schon die Zollverwalter für Sonderburg, Apenrade, Hadersleben, Pattburg und Tondern ernannt worden sowie die Leiter der Höheren Schulen in Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern. Drei der Direktoren kamen aus Kopenhagen, einer aus Silkeborg. Von den vier Höheren Schulen eine als deutsches Gymnasium weiterbestehen zu lassen, wurde nicht in Erwägung gezogen. Lediglich „Abbauklassen“ wurden genehmigt.

Man unterließ es nicht, zu betonen, daß nur die besten, im Dienst bewährten Beamten nach Nordschleswig gesandt würden. Das mochte im allgemeinen stimmen, aber es gab natürlich auch Ausnahmen, wie z. B. den Polizeimeister

Seidenfaden in Tondern, den selbst dänische Kreise nach einigen Jahren als fürs Grenzland ungeeignet empfanden. Allen Beamten wurde eingeschärft, daß sie sich mit viel Taktgefühl den neuen Verhältnissen anpassen müßten. Nordschleswig befände sich gleichsam in den „Flitterwochen“, da müßten Mißtöne auf jeden Fall vermieden werden.

Nordschleswig in der Schwebel

Die dänische Seite bemühte sich in der Interimszeit, die Nordschleswiger auf die neuen Verhältnisse vorzubereiten. Es kam zu Einladungen dänischer Organisationen nach Kopenhagen und in die Provinz. Diese Reisen gestalteten sich manchmal zu regelrechten Wallfahrten in das „gelobte Land“. Nordschleswigsche Frauen waren an vielen dieser Fahrten beteiligt. Rektor Mogensen aus Silkeborg, der das Apenrader Staatsgymnasium übernehmen sollte, hielt in Nordschleswig Vorträge über das Höhere Schulwesen in Dänemark, und in Gramm trafen sich nordschleswigsche und reichsdänische Lehrer zu einer orientierenden Aussprache.

Um den Übergang auf rechtlichem Gebiet zu erleichtern, gab die dänische Justizverwaltung für die Übergangszeit die orientierende Zeitschrift „Retstidende“ heraus, da beträchtliche Unterschiede zwischen der deutschen und der dänischen Rechtspraxis bestanden. Für die überwiegende Zahl der Nordschleswiger war die dänische Rechtsordnung eine fremde Welt. Daher faßte die dänische Regierung schon im Dezember 1918 den Entschluß, durch eine Kommission einen systematischen Vergleich der deutschen und der dänischen Rechtspflege anzustellen. Den Vorsitz sollte der Kammerherr Krieger übernehmen. Sein Hauptmitarbeiter war Dr. jur. N. Cohn, der ein hochangesehener Jurist und Mitarbeiter juristischer Zeitschriften war. Beide waren sich darin einig, daß der Übergang allmählich erfolgen sollte. Ein übereiltes Vorgehen würde in Konfusion enden. Dieser Gesichtspunkt setzte sich durch gegenüber dem Justizministerium, das eine sofortige Einführung der dänischen Rechtspraxis verlangte. Deutsches Recht sollte zunächst in Kraft bleiben. Fünf deutsche Richter sollten in der ersten Zeit neben dreizehn dänischen Richtern in Nordschleswig tätig sein. Als nordschleswigsche Appellationsinstanz sollte ein Landgericht in Sonderburg eingerichtet werden.

Dies alles erfuhr die nordschleswigsche Bevölkerung durch die „Retstidende“, die im Mai 1920 erschien. In der Redaktion saßen Oberadvokat Oluf Peter Schlichtkrull und Dr. N. Cohn. In der Zeitschrift wurden die Gesetze erläutert, die speziell für Nordschleswig Geltung hatten. Sie sollten je nach ihrem Erscheinen bekanntgegeben werden. Die „Retstidende“ wurde als wertvoll besonders begrüßt von dem ersten dänischen Landrat in Tondern, dem Grafen Otto Diderik Schack. Der nordschleswigsche Laie wurde durch die Zeitschrift in kurzer,

leichtverständlicher Form in die dänische Rechtspraxis eingeführt. In der ersten Ausgabe der „Retstidende“, die am 23. Juni 1920 in Nordschleswig verteilt wurde, erschien auf der ersten Seite die offizielle Bekanntgabe des am 15. Juni erfolgten Wechsels in der Administration Nordschleswigs.

Die schwierige Valuta-Frage

Viele Schwierigkeiten, die während der Monate der Interims-Regierung auftauchten, waren auf die späte und dann doch wieder übereilte Einführung der dänischen Währung zurückzuführen. Erst am 22. Mai wurde die dänische Krone in Nordschleswig offizielles Zahlungsmittel. Lange bestanden beide Währungen nebeneinander, die stabile dänische Krone und die im Kurs stets weiter absinkende deutsche Mark. Schwierig wurde die Lage für die deutschen Beamten und die Pensionäre, die mit ihren Markbezügen Waren zum Kronenkurs kaufen und in den Verkehrsmitteln mit Kronen zahlen mußten. Man konnte in dieser Übergangszeit manchmal von einem „Kronen-Fieber“ sprechen. Jeder suchte die begehrte Währung zu erhaschen, aber sie war nicht reichlich vorhanden. Kronen-Anleihen, damals aufgenommen, haben, als es wirtschaftlich bergab ging, manchen in Schwierigkeiten gebracht.

Am 14. Mai waren Ausgleichskassen eingerichtet worden, die den Übergang von der Mark zur Krone erleichtern sollten. Sie verfügten über 63 Millionen Kronen und sollten den Verlust ausgleichen, der durch den Verfall der Mark entstand, die am 10. Februar 1920, dem Abstimmungstag, nur 8 Øre wert war. Auf der Grenzstation Vamdrup war in der Nacht zum 20. Mai ein Eisenbahnwaggon mit dänischen Geldscheinen eingelaufen, die am nächsten Tag an die Banken in Nordschleswig verteilt wurden. Von deutscher Seite wurde gegen die Einführung der Krone zu diesem Zeitpunkt protestiert, da die Souveränität und die Münzhoheit noch in deutschen Händen lagen.

Am 22. Mai passierte noch mehr. Deutschland beorderte die in Nordschleswig tätigen Richter zurück, da sie nach Einführung der Kronenwährung mit ihren Mark-Gehältern nicht auskommen konnten. Da aber Dänemark einen allmählichen Übergang im Rechtswesen wünschte, wurde den deutschen Richtern ein Teil ihres Gehalts in Kronen gezahlt. Ebenso verfuhr man mit den zunächst unentbehrlichen deutschen Eisenbahnern, und nachdem sich ein mit Mark entlohnter Pastor beschwert hatte, der für eine Kleinbahnfahrt 7 Kronen oder 60 Mark bezahlen sollte, wurde am 27. Mai angeordnet, daß Pastoren einen zinsfreien Zuschuß in Kronen erhalten könnten. Alle seit der deutschen Zeit tätigen Personen mußten sich erneut zur Wahl stellen. Die meisten wurden wiedergewählt. Aber manche, die hätten bleiben können, wie zum Beispiel Pastor Johannes Tonnesen, der beliebte Geistliche Hellewatts, bewarben sich um eine Pfarre in Schleswig-Holstein. Im März 1920 gab es in Nordschleswig 37 vakante Pastorenstellen, die

z. T. von früheren Missionaren und dänischen Freigemeindepastoren besetzt wurden.

Viele Abwanderungen

Nicht nur Pastoren verließen Nordschleswig. Die unsicheren Verhältnisse veranlaßten viele Gewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe, Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte, schon bald nach der Abstimmung Nordschleswig zu verlassen und in Schleswig-Holstein eine neue Heimat zu suchen. Oft fehlte es auch an Verantwortungsgefühl der Heimat gegenüber, die nun jeden Deutschen brauchte. Bodenständige Bauern hielten zum großen Teil an der heimatlichen Scholle fest. Die Abwandernden organisierten sich in dem „Verband der heimattreuen deutschen Nordschleswiger“, die zeitweise gegen zwanzig Ortsvereine zählte.

Die Beamten wurden eindringlich aufgefordert, so lange zu bleiben, bis sie durch den Abwicklungs-Kommissar abberufen würden. Höhere Beamte hatten keine Möglichkeit, in dänische Dienste zu treten, aber den niederen Rängen im Post-, Bahn- und Kommunaldienst stand die Tür in den dänischen Dienst offen. Manche wurden durch politische Manöver zur Abwanderung gezwungen. In Apenrade forderten z. B. die dänischen Angehörigen eines städtischen Betriebes die Entfernung ihres Leiters, „weil er deutscher Gesinnung sei“. Die Apotheken in Tondern, Apenrade und Sonderburg und viele ländliche dazu gingen in kurzer Zeit in dänische Hände über. Zeitungsanzeigen förderten die für die deutsche Minderheit katastrophale Abwanderung. Das „Apenrader Tageblatt“ brachte an einem einzigen Tag (22. April 1920) eine große Anzeige, in der fünf Landbesitze und vier Gastwirtschaften zum Kauf in Schleswig-Holstein angeboten wurden. Diese Anzeigen wiederholten sich immer wieder: Häuser, Hotels, Villen und Bauernhöfe lockten.

In die freien Stellen rückten dänische Zuwanderer, so daß schon bald nach der Abstimmung eine Verschiebung in bezug auf die nationale Zusammensetzung eintrat. Dänische Versicherungen und Firmen ließen sich in Nordschleswig nieder. Dänische Zeitungen warben Abonnenten. Ein deutsches Firmenschild nach dem anderen verschwand mit der Zahl der deutschen Kunden.

Die deutsche Schule wird Minderheitenschule

Die dänische Politik auf dem Gebiet der Schule wurde schon in der Übergangszeit klar. Ein entscheidendes Wort sollten die von den Eltern gewählten Schulkommissionen haben, in denen in den meisten Fällen die dänische Mehrheit das Sagen hatte. Dem Individuum wollte man viel Freiheit geben. Der Volksgruppe gegenüber war man zurückhaltender. Man fürchtete, sie könnte sich zu einem „Staat im Staate“ entwickeln. Deshalb wurde auch jede Form von „kultureller

Autonomie“ von vornherein abgelehnt. Als Deutschland Dänemark durch seinen Gesandten von Neurath am 13. Mai einen Gegenseitigkeits-Vertrag für die Behandlung der Minderheiten beiderseits der Grenze anbot, wurde er von dem Außenminister Scavenius abgelehnt. Dänemark wollte seinen eigenen Weg gehen und lehnte zwischenstaatliche Regelungen ab.

Lehrern mit deutscher Ausbildung wurde Gelegenheit gegeben, in Kopenhagen einen Kursus zu absolvieren mit dem Ziel, die dänische Schulpraxis kennenzulernen. Aber viele Lehrer gehörten zu dem breiten Strom der Abwandernden. Das „Apenrader Tageblatt“ brachte an einem einzigen Tag eine Liste mit über 60 Lehrern, die nach Schleswig-Holstein versetzt wurden, und in der dänischen Zeitung „Hejmdal“ wurden die Gemeinden ermahnt: „Seht euch rechtzeitig um nach dänischen Lehrern.“

Die deutschen Nordschleswiger gründeten schon im Mai 1920 ihren eigenen Schulverein, dessen Vorsitz Pastor Schmidt-Wodder übernahm. In einem grundsätzlichen Artikel erklärte er am 31. Mai im „Apenrader Tageblatt“: „Der Unterricht soll aus Liebe zum deutschen Volk heraus erteilt werden.“ Unverständlich sei es, wenn man deutschsprachige Schulen errichte mit Lehrern, deren Ziel es sei, zu danisieren. Er forderte dazu auf, überall, wo es möglich sei, deutsche Kommunalschulen zu gründen, wo das nicht möglich sei, sollten deutsche Privatschulen oder Wanderschulen gegründet werden, die allerdings von den Eltern große Opfer verlangen würden.“

Die erste deutsche Privatschule, die in Uk bestand, war von dänischer Seite schweren Angriffen ausgesetzt. In Apenrade, Hadersleben und Sonderburg erhielten die deutschsprachigen Schulen dänische Leiter. Nur Tondern machte eine Ausnahme, wo der loyale, aber deutschgesinnte Rektor Christian Peter Hansen die Leitung übernahm. Als sich die Besucherinnen der Mädchenbürgerschule in Apenrade, wo schon am 9. März ein deutscher Schulverein gegründet worden war, entscheiden sollten, wählten 65 die deutsche und 19 die dänische Abteilung.

Zeichen der Ungeduld

Die Übertragung der Souveränität zog sich lange hin. Endlos schien der Schwebezustand zu sein. Die Zeichen der Ungeduld mehrten sich, zumal frühere Termine für die „Wiedervereinigungsfeier“ genannt wurden. Am 21. Februar ließ die Internationale Kommission verlauten, daß man mit einem Termin „Mitte April“ rechnen könne. Dann werde der König auf einem weißen Roß über die alte Grenze reiten und in Hadersleben an einem Gottesdienst teilnehmen. Als zweiter Termin wurde der 20. Juni genannt, aber auch der verrann und ließ nur Enttäuschung zurück.

Am 14. Mai schrieben die Gewerkschaften in Hadersleben, der Deutsche und

Dänen angehörten, an die Internationale Kommission: „Als Folge des unseligen Friedens-Traktats sind in Nordschleswig unhaltbare Zustände eingetreten. Die Spitze ist nicht imstande, gesunde Zustände herbeizuführen. In der ersten Zone haben sich die Zustände so wahnsinnig zugespitzt, daß alle in Stadt und Land bereit sind zu streiken.“ — Und tatsächlich kam es am 1. Juli zu mehrtägigen Streiks in Tondern, Apenrade und Sonderburg, weil bei der absinkenden Mark die Stundenlöhne nicht mehr ausreichten. In Tondern holten die Streikenden die Typographen von ihren Setzmaschinen. Die Arbeiter verlangten Stundenlöhne in Höhe von 2 Kronen, aber die Arbeitgeber wollten bei der allgemeinen Kronenknappheit nur 1,40 Kronen bewilligen.

Hemmend waren die von dänischer Seite immer wieder geäußerten Wünsche nach einer Internationalisierung Flensburgs und der zweiten Zone, auf die später näher eingegangen werden wird. — Um die Ungeduld etwas zu zügeln, fanden an einigen Orten kommunale Wahlen statt. Am 9. Mai wurde in Apenrade der deutsche Bürgermeister Schreck von dem dänischen Vertreter Holger Fink abgelöst. Der deutsche Senator Tofft, der ebenso viele Stimmen erhielt, wurde stellvertretender Bürgermeister.

Episoden aus dem Alltag des Plebiszitstaates

Einzelne aus dem Alltag des Plebiszitstaates herausragende Ereignisse sollen hier noch aufgezeigt werden. Sie entsprangen dem Bestreben der Bevölkerung, die lange Wartezeit mit irgendwelchen Aktivitäten auszufüllen.

Man faßte den Entschluß, einem der ersten Vorkämpfer des Dänentums, Hans Andersen Krüger, der sich bisher mit einem Denkmal in Ripen begnügen mußte, in seinem Heimatort Beftoft ein Denkmal zu setzen, während gleichzeitig deutsche Gedenksteine in Hoptrup und an der Sonderburger Chaussee verschwanden. Die Fahne als einigendes Symbol ist Allgemeingut des dänischen Volkes. Das zeigte sich besonders in dieser Zeit der Ungewißheit und des Wartens. Dänischgesinnte Mitglieder des Hofpersonals im Gravensteiner Schloß, das dem Herzog Ernst Günther, dem Bruder der letzten deutschen Kaiserin, gehörte, hißten am 19. Februar den Danebrog. „Das kann ich nicht zulassen“, rief aufgeregt die Kastellanin.

Am 27. Februar griff „Hejmdal“ ein kontroverses Thema auf, das noch oft die Gemüter und die Behörden beschäftigen sollte: die Auslieferung der in deutschen Museen aufbewahrten Altertümer nordschleswigschen Ursprungs. Die Rückgabe des im Sundewitt in der Nähe des Alsensundes gefundenen Nydamboots stand in dieser Diskussion mit an erster Stelle.

Als die dänischen Gendarmen in ihren schmucken hellblauen Uniformen am 5. Mai die Station Rothenkrug passierten, um sich an der Südgrenze der ersten Zone einzurichten, drängte sich eine Menge dänischer Einwohner zur Eisenbahnstation,

um die Männer zu begrüßen. Aber der deutsche Stationsvorsteher sperrte den Bahnsteig ab. Da durchbrach die Menge die Sperre und konnte ihren Willkommensgruß anbringen.

Viele Vereine wählten bereits in der Zwischenzeit Dänisch als Geschäftssprache. Das tat zum Beispiel der von deutschen Arbeitern gegründete Sozialdemokratische Verein in Apenrade, während die Apenrader Schützengilde zunächst an der deutschen Sprache festhielt. Dem Apenrader Bürgermeister Schreck fiel es schwer, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Während der ersten Sitzung des Kreistages unter dem dänischen Landrat Refslund Thomsen bemerkte er, er verstehe kein Dänisch und stellte den Antrag, die Verhandlungen möchten zweisprachig geführt werden. Als das abgelehnt wurde, verließ er die Sitzung. Große Erregung verursachten einige von der Internationalen Kommission veranlaßte Ausweisungen aus der ersten Zone, die zum großen Teil in den Monat Juni fielen. Auf dänischer Seite wurde von „landfremden Elementen“ gesprochen, die den Arbeitsfrieden störten und politische Unruhe schufen. Die Deutschen sahen in den Ausweisungen Zwangsmaßnahmen. Der Flensburger Arbeitersekretär Bauer wandte sich in einem Offenen Brief (Flensburger Volkszeitung am 23. Juni 1920) an den Generalsekretär Bruce, dem er vorwarf, er habe sich zum Handlanger dänischer Chauvinisten und dänischer Arbeitgeber gemacht.

Pro und contra Freistaat Flensburg

Gleich nach der Abstimmung in der zweiten Zone am 14. März 1920 hoffte die Mehrzahl der Nordschleswiger auf eine baldige Grenzfestsetzung. Aber viel länger als erwartet zog sich die Entscheidung hin. Dafür gab es Gründe: Der französische und der norwegische Vertreter in der Internationalen Kommission wünschten eine kleine Korrektur der sogenannten Clausen-Linie zugunsten Dänemarks. Sie wollten vier Gemeinden in Mittelschleswig, in denen die Mehrheit für Deutschland votiert hatte, aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen Dänemark zusprechen. Es handelte sich um die unmittelbar an Nordschleswig grenzenden Gemeinden Aventoft, Süderlügum, Ladelund und Medelby. Auch der Kommissarische Landrat des Kreises Tondern, der sonst als gemäßigt bekannte Graf Otto Diderik Schack, unterstützte diesen Grenzvorschlag. Gleich nach Bekanntwerden dieses Plans wurde in den vier Gemeinden eine Petition in Gang gesetzt, die in wenigen Tagen 1500 Unterschriften (bei 2400 Abstimmungsberechtigten) aufweisen konnte. Die Bitte, bei Deutschland bleiben zu dürfen, blieb bei der Kommission nicht ohne Wirkung. Englische und schwedische Korrektheit retteten die vier Gemeinden. An zwei Stellen war schon vorher die Zonengrenze zugunsten Dänemarks geändert worden. An der Kupfermühlengrenze wurde der Besitz des zur dänischen Seite übergetretenen

Kommerzienrats Hübsch in die erste Zone einbezogen. Dasselbe geschah mit dem zum Kirchspiel Handewitt gehörenden Dorf Fröslee wegen seiner stark dänischen Einwohnerschaft und mit dem Bahnhof Pattburg, der dänischer Grenzbahnhof werden sollte.

Weit mehr Hindernisse bereiten einer endgültigen schnellen Lösung die gleich nach dem 14. März von seiten der dänischen „Flensburg-Richtung“ entfalteten Bestrebungen, unter Umgehung des klaren Votums der Bevölkerung die Stadt Flensburg in einen Freistaat unter internationaler Kontrolle zu verwandeln. — Bereits am 16. März setzte Ernst Christiansen, Chefredakteur der Zeitung „Flensborg Avis“, sich in Kopenhagen an die Spitze eines Demonstrationzuges, um doch noch eine Wendung der Dinge zu erreichen. Er war sich der Sympathie des dänischen Königs Christian X. bewußt, aber er konnte auch feststellen, daß er die Mehrheit der Kopenhagener nicht hinter sich hatte; auch die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten übte Zurückhaltung. Die Gewerkschaften stellten sich hinter das Abstimmungsresultat, und die Zeitung „Socialdemokraten“ nannte die Abtrennung Flensburgs von Deutschland ein „Verbrechen“. Hans Peter Hanssen, von dem Historiker P. Eliassen unterstützt, gehörte zu den schärfsten Gegnern der Internationalisierung, was seine Gegner zu der gegen alle Vernunft streitenden Drohung veranlaßte, sie würden in Nordschleswig sein Tun durch eine „Skamstøtte“ (einen Schandpfahl) brandmarken.

Johannes Tiedje betonte noch einmal in einer Denkschrift, daß die von ihm vorgeschlagene Linie die einzige Möglichkeit sei, zu einer gerechten und dauerhaften Lösung der nordschleswigschen Frage zu kommen.

Eine hektische Tätigkeit setzte in allen Lagern ein. Eine Petition mit ca. 9000 in Mittelschleswig gesammelten Unterschriften wurde am 28. März der Internationalen Kommission überreicht mit dem Vorschlag, Flensburg zu einem Freistaat mit internationalem Status zu machen. Zugleich wurden in Kopenhagen Vorbereitungen getroffen, um mit Hilfe des Königs die unbequeme Regierung Zahle, die auf keinen Fall einer Internationalisierung zustimmen wollte, zu erschüttern.

Am 29. März trat der König offen auf die Seite der „Flensburg-Dänen“. In einem Telegramm an den englischen König versuchte er, die Entscheidung über die Grenzziehung hinauszuzögern. Den Staatsminister Zahle forderte er auf, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Als dieser das ablehnte, wurde er verabschiedet. Empört über diesen offenbaren Verfassungsbruch, rief die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf. Alle diese hochpolitischen Vorgänge sind als „Osterkrise“ in die Geschichte eingegangen.

Der König hatte ein Übergangministerium berufen, das die Internationalisierung befürwortete, aber bald mußte er unter dem Druck der öffentlichen Meinung bis zur Abhaltung von Neuwahlen ein Geschäftministerium bilden.

Mit dem Staatsminister Zahle war auch Hans Peter Hanssen zurückgetreten, der ein „Ministerium für Nordschleswig“ geleitet hatte. Nun war der Mann, der auf dänischer Seite die Hauptlast des Kampfes und der Verantwortung getragen hatte, ohne jede öffentliche oder amtliche Funktion, als er nahe am Ziel seiner Wünsche war.

Nach den Neuwahlen, die am 26. April 1920 stattfanden, wurde der liberale Politiker Niels Neergaard Staatsminister. Er stand in Grunde den „Flensburg-Dänen“ nahe, hielt sich aber in seiner Funktion als Staatsminister zurück. Die ersten Tage der neuen Regierung fielen zusammen mit dem Vorschlag der Internationalen Kommission, die Botschafterkonferenz in Paris möge die Clausenlinie als neue Grenze anerkennen. Das war am 6. Mai 1920.

Trotzdem trat keine Ruhe ein. Als eine Deputation nordschleswigscher Dänen und eine Abordnung dänischer Frauen aus Flensburg bei der Internationalen Kommission um eine Internationalisierung Flensburgs baten, trat die Arbeiterschaft Flensburgs in Aktion. Eine Unterschriftensammlung, die ca. 35 000 Namen aufwies, forderte Respekt vor dem Ergebnis der Abstimmung. In Nordschleswig trat Pastor Schmidt-Wodder den Internationalisierungsplänen entgegen.

Um die Entscheidung doch noch zu beeinflussen, machten sich zwei Brüder aus Hadersleben, Johannes und Holger Andersen, der eine ein Rechtsanwalt, der andere ein Theologe, auf den Weg nach Paris, um in letzter Stunde Flensburg zu retten. Zu dieser Aktion bemerkte die Zeitung „Hejmdal“ am 10. Mai ironisch: es sei charakteristisch für die phantastischen Pläne der Internationalisierer, daß das Schicksal der alten Handelsstadt Flensburg in Paris in die Hände von zwei jungen Akademikern aus Hadersleben gelegt würde.

Als der Franzose Claudel am 9. Mai nach Paris kam, mußte er feststellen, daß der englische Vorschlag gesiegt hatte. Die vier mittelschleswigschen Gemeinden blieben bei Deutschland. Dasselbe erfuhr der dänische Mittelschleswigsche Ausschuß, der am 14. Mai in Paris anlangte: er kam zu spät, wie auch der Einspruch der Flensburger Städtischen Kollegien, die am 5. Juni gegen die Clausen-Linie als Grenze protestierten. Am 22. Mai wurde die zweite Zone wieder wirtschaftlich Deutschland angeschlossen. Dänische Polizisten standen kontrollierend an der Grenze der ersten Zone. Offiziell entschied sich die Botschafterkonferenz am 28. Mai für die Clausen-Linie. Die Möglichkeit einer Internationalisierung wurde gar nicht erörtert.

Am 15. Juni wurde die neue Grenze offiziell notifiziert, und am 5. Juli unterschrieb der dänische König den Vertrag, der neben seiner die Unterschrift der Alliierten trug. Die deutsche Unterschrift fehlte.

Der Ritt über die Grenze

Bei der Vorbereitung der Feierlichkeiten, die mit der Übernahme der Souveränität verbunden waren, hielt man sich zum Teil an die Prophezeiungen der angeblich an dem Zweiten Gesicht begabten „Jungfrau Fanny“, die 1881 in Apenrade gestorben war. Sie hatte vorausgesagt, ein dänischer König werde eines Tages auf einem weißen Roß über die alte Grenze reiten und Nordschleswig in Besitz nehmen. Man sah sich rechtzeitig nach einem Schimmel um und fand ihn in einem von der Gräfin Alice Danneskjold-Samsøe in Paris gekauften prächtigen Exemplar seiner Rasse. Der Schimmel wurde sorgfältig daran gewöhnt, sich in unruhigen Volksmassen zu bewegen. Am 9. Juli wurde der Schimmel von dem Gut der Gräfin, Visborggaard in Nordjütland, an die Grenze nördlich von Christiansfeld gebracht, wo der König, der mit der Königsyacht nach Kolding gekommen war, bei dem Dorf Taps in den Sattel stieg.

An dem die Chaussee überspannenden Triumphbogen wurde König Christian X. von dem Kommissarischen Landrat des Kreises Hadersleben, Refshauge, begrüßt. — Die innenpolitischen Gegner Hans Peter Hanssens hatten erreicht, daß er diese ehrenvolle Aufgabe der Begrüßung an der alten Grenze nicht übernehmen durfte.

Als der König kurz vor Hadersleben ein anderes Pferd besteigen wollte, gab es einen Riß im Sattelzeug, das Pferd scheute, und der Monarch erlitt eine Beinverletzung, die ihn zwang, im weiteren Verlauf das Auto zu benutzen. Die Fahrt ging zum Haderslebener Dom, wo der König an einem feierlichen Gottesdienst teilnahm.

Bei der von Tausenden besuchten „Wiedervereinigungsfeier“ am 11. Juli in der Königsschanze auf Düppel war es der Graf Otto Diderik Schack, dem als Vorsitzendem des Dänischen Wählervereins die Ehre zuteil wurde, den König in tiefempfundenen Worten als Landesherrn zu begrüßen. Es folgte eine kurze, und, wie es hieß, improvisierte Rede des Staatsministers Neergaard, über die es kein Manuskript gibt und die nur aus den Berichten der Journalisten bekannt geworden ist. Nach den in der Presse bekannt gewordenen Berichten (die auch in der Hoffschen Heimatgeschichte zitiert werden), soll der Staatsminister gesagt haben: „Wir sprechen von Wiedervereinigung. Die Sache ist die, daß Nordschleswig niemals in unserer tausendjährigen Geschichte eins gewesen ist mit Dänemark. Erst jetzt geschieht dies entsprechend dem eigenen glücklichen Willen der Nordschleswiger.“ Dieser Satz sei, bemerkt Troels Fink, immer wieder bei deutschen Protesten gegen das Wort „Wiedervereinigung“ benutzt worden, sei aber jetzt vergessen, nicht vergessen sei dagegen das Gelübde, das der Staatsminister Neergaard an die Adresse der Dänen südlich der Grenze gerichtet habe, sie wären in dieser Freudenstunde erfüllt von bitteren Gefühlen, aber im Namen der dänischen Regierung und des dänischen Volkes rufe er ihnen zu: Ihr sollt nicht vergessen werden. An dieses Wort erinnert bekanntlich auch der

Gedenkstein am Kreuzweg bei Krusau. — H. P. Hanssen, dessen Worte durch einen über Düppel kreisenden Flieger gestört wurden, war erst im letzten Augenblick zur königlichen Tafel eingeladen worden, aber er sagte ab.

In Tondern wurde der König am 12. Juli von dem deutschen Bürgermeister Olufsen in dänischer Sprache begrüßt. Als Sprecher der deutschen Nordschleswiger schrieb Pastor Schmidt-Wodder an diesem Tag in der „Neuen Tondernschen Zeitung“: „Wir kannten Tondern nie anders als eine deutsche Stadt und werden als Deutsche in der Ausübung der Treue dem glücklichen dänischen Volk nicht nachstehen. Wir hoffen auf den Tag, da wir neu entscheiden können über unser staatliches Geschick, frei von dem Zwang der en-bloc-Abstimmung und des Friedensvertrages.“ — In Hoyer begrüßte der Bürgermeister Jes Boysen Johannsen den König in deutscher Sprache, wofür der König mit freundlichen Worten Verständnis zeigte.

*

Die fünf Monate dauernde Wartezeit hatte Nordschleswig ein anderes Gesicht gegeben. Das vielen vertraute Bild der deutschen Zeit verblaßte mehr und mehr. Neue Menschen, neue Uniformen, neue Firmen, neue Lebensgewohnheiten prägten mehr und mehr die Züge des Grenzlandes. Schon bald zeigte sich das Ziel der dänischen Bewegung und des Staates, die alte Grenze möglichst schnell auszulöschen und den dänischen Charakter Nordschleswigs unverkennbar zu machen. Ein neuer Lebensstil, der Einfluß des Nordens begann sich durchzusetzen. Die neue Grenze blieb umstritten, bis die deutsche Minderheit im November 1945 unter dem Einfluß des katastrophalen Zusammenbruchs und der totalen Niederlage des Nationalsozialismus mit einer Loyalitätserklärung ihren Widerstand aufgab. Ein langer Streit hatte sein Ende gefunden. Ein friedlicher Wettkampf sollte beginnen, der durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom März 1955 im Geiste der Toleranz geführt werden sollte. Auf deutscher wie auf dänischer Seite sollte den beiden Minderheiten, die durch die Grenzziehung des Jahres 1920 geschaffen wurden, großzügig Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten gewährt werden. Möge eine friedliche Entwicklung in gegenseitigem Respekt vor der Entscheidung des Gewissens die Zukunft des Grenzlandes prägen.

23. August 1866 – 23. August 1946 – 23. August 1981

Am 23. August 1866 wurde der Friede von Prag geschlossen, der den Krieg zwischen Preußen und Österreich beendete. Der Kaiser von Österreich übertrug alle Rechte an den Herzogtümern Schleswig und Holstein, die er im Kriege von 1864 gegen Dänemark erworben hatte, auf den König von Preußen. Die Folge war die Einverleibung der beiden Herzogtümer in Preußen.

Auf den Tag 80 Jahre später, nämlich am 23. August 1946, gab die britische Militärregierung den preußischen Provinzen „vorläufig die staatsrechtliche Stellung von Ländern“. Die Folge wurde die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins als Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

Ganz sicher ist damit der 23. August im Laufe des Weltgeschehens nicht ein auffallender Gedenktag geworden. Dennoch bietet sich hier im Lande ein Blick auf den Weg zur Selbständigkeit an.

Abgesehen von dem kurzen Intermezzo in der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Zuge der schleswig-holsteinischen Erhebung ist das Land nur um die Mitte des 15. Jahrhunderts unter dem letzten Schauenburger Grafen selbständig gewesen. Es war Adolf VIII. von Schauenburg, der Holstein als deutsches und Schleswig als dänisches Lehen unter seiner Herrschaft vereinen konnte. Als Nachfolger hatte er den Grafen Christian VIII. von Oldenburg, seinen Neffen, ausersehen. Dazu kam es aber nicht, weil dieser 1448 als Christian I. den dänischen Thron bestieg. Wenig später wurde er von

den Prälaten und der Ritterschaft zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein gewählt, wofür er sich verpflichten mußte, die Lande „auf ewig ungeteilt“ zusammenzulassen.

Dieses letztere nun geschah nicht. Es gab ein etwa 150jähriges Zwischenspiel durch die Herzoge von Gottorf, die mit Schwedens Hilfe eine vorübergehende Selbständigkeit von der dänischen Krone als Träger des Herzoghutes und zeitweise sogar die Souveränität für ihr Fürstentum erreichten. Es handelte sich aber nicht um das ganze Land, sondern nur um den gottorfschen Anteil an den Herzogtümern, wobei Holstein noch unter Christian I. Herzogtum geworden war. Dann aber wurde nach kriegesischen Verwicklungen und diplomatischem Tauziehen insbesondere mit Rußland der dänische König Herzog in voller Wirksamkeit für beide Lande. In Kopenhagen entstand als für die Herzogtümer zuständiges Ministerium die Deutsche Kanzlei, von wo aus weniger eine Regierung als eine Verwaltung an langer Leine durchgeführt wurde. Eigenständigkeiten, die sich durch die Jahrhunderte in kleinen und kleinsten Räumen der Harden und Ämter entwickelt hatten, blühten fort. Gerichtsbarkeiten, die nur für sehr kleine geographische Bereiche Wirksamkeit hatten, hemmten den wirtschaftlichen Fortschritt, wobei den Zeitgenossen freilich das Bild der Rechtszustände reichhaltig und fesselnd in seiner Vielfalt erschien. Verkehr und Handel waren alleine nach dem Norden ausgerichtet, wodurch man von der

wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteleuropa weitgehend ausgeschlossen war.

Dieser Zustand blieb in etwa aufrechterhalten bis zu der Nachricht vom 23. August 1866, daß beide Herzogtümer an den König von Preußen übergegangen wären. Es gab ein jähes Erwachen! Die geordnete Disziplin eines modern geleiteten Staates versetzte unsere Vorfahren in Schrecken. Hinzu traten nationalpolitische Probleme im nördlichen Schleswig, wo man lieber Däne als Preuße sein wollte.

Über allem aber bleibt festzuhalten, daß man letztlich von einer an einem fremden Ort sitzenden Regierung an eine andere an einem fremden Ort sitzende Regierung gekommen war. Das Land wurde alsbald preußisch durchsetzt und unter eine straffe Verwaltung gestellt, der man sich letztlich auch anpaßte. Insbesondere aber brachte die Not gemeinsam durchlittener Kriege die Herzogtümer mit dem übrigen Preußen

zusammen. So fand der 23. August 1946 das Land als preußische Provinz nicht so unvorbereitet für neue Aufgaben vor wie bei der Entscheidung der Großmächte im Jahre 1866.

Auffällig bleibt aber, daß derartige Entscheidungen, die letztlich Land und Leute betreffen, hierzulande nicht von ihnen selber, sondern stets von Mächten außerhalb getroffen wurden. Auch ist zu bedenken, daß hier die Geschicke etwa durch 500 Jahre von auswärts gelenkt worden waren und erst ab 1946 überraschend in die eigenen Hände der Bevölkerung gelegt wurden, in Hände, die regierungsunfähig waren.

Bei Berücksichtigung dieser Umstände wird man am 23. August 1981 die letzten dreieinhalb Jahrzehnte nur loben können. Es ist seitdem mit der politischen Willenskraft der Bevölkerung gelungen, ein im Rahmen des Bundes blühendes Gemeinwesen zu bauen.

Die Harden im Landesteil Schleswig — Entstehung und Entwicklung

Im Landesteil Schleswig findet sich insbesondere auf Lastkraftwagen der Raiffeisenkassen bei der Firmenaufschrift häufig ein Zusatz, der mit den Silben „Harde“ endet, z. B. Böckingharde, Karrharde.

Hierbei handelt es sich um einen Begriff, welcher bereits in der ersten Steuererhebungsrolle genannt wird, die man hierzulande kennt. König Waldemar II. von Dänemark ließ 1231 registrieren, aus welchen Gegenden ihm Steuern zuzufließen hätten. Dazu wurde das sogenannte „König Waldemars Erdbuch“ angelegt. Hierin finden sich bereits viele der später auch noch genannten Harden als Steuererhebungsbezirke. Bei jeder ist säuberlich vermerkt, was von dort an den König zu leisten war, z. B. von der Wiesharde und der Husbyharde je 60,— Mark reines Silber.

Diese Eigenschaft als Steuererhebungsbezirk war indessen nicht die ursprüngliche Bedeutung. Der Begriff geht in die Wikingerzeit zwischen dem 8. und 11. Jahrhundert zurück. Anfänglich ist damit eine Heerschar gemeint, also eine Personenzahl und nicht ein geographischer Bezirk. Später übertrug sich die Bezeichnung auf den Raum, aus dem die Heerschar kam. Gegenwärtig meint die Forschung, daß sich auf diese Weise bereits gerodete Siedlungsgebiete zusammenschlossen, die unter Umständen frühere Kleinstämme fortsetzten.

Damit entwickelte sich auch die Gewohnheit, daß unter Harde nicht nur ein Heeresbezirk verstanden wurde, sondern darüber hinaus das Thing, d. h. daß gerichtliche und Kulthandlungen den Rahmen der Harde in Anspruch nahmen.

Die Rechte der dänischen Krone und später des Herzogs von Schleswig nahm der Hardsesvogt wahr. Diese Übung findet sich bereits im 13. Jahrhundert, als nämlich Waldemar II. das Jütische Recht als Zusammenfassung des bis dahin geltenden Gewohnheitsrechts verkündete. Dem Hardsesding waren zunächst alle Eingesessenen anvertraut, gleich, ob Bauer, Bürger oder Adel.

Schon im 13. Jahrhundert aber konnten kirchliche Bezirke sich der Verwaltung und Rechtsprechung der Harde entziehen. Es handelt sich dabei um den ersten Einbruch in ihre Macht. Im Laufe der Zeit glückte auch dem Adel eine Lösung von der Hardseszuständigkeit, und die Städte erhielten ihre eigenen Stadtrechte, so daß die Harden mit ihrer Herrschaftsgewalt erheblich an Einfluß verloren.

Dennoch blieb den Harden vieles Vorbehalten. So mußte der Hardsesvogt dafür sorgen, daß Straßen- und Brückenarbeiten ausgeführt wurden. Steuerangelegenheiten und die Rechtspflege blieben ohnehin in diesem Bereich. Es kam aber dahin, daß die Entwicklung der Verwaltung und auch die Handhabung der Rechtsprechung sich in den einzelnen Harden unterschiedlich entwickelten.

Der letzte Grund hierfür lag in den ständigen Teilungen des Landes in verschiedene Herrschaftsgebiete zwischen König, Herzog und abgeteilten Prinzen. Zwei Historiker schreiben in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hierzu: „Das Gerichtswesen hat sich in den verschiedensten Districten des Herzogthums Schleswig auf sehr verschiedene Weise ausgebildet, sowohl in betreff des Gerichtspersonals als des Verfahrens, wie denn die jetzige Gerichtsverfassung nicht so sehr aus den Gesetzen als aus der Praxis hervorgegangen ist.“ Und ähnlich Jensen in seinem Buch über Angeln: er habe zwischen Steinberg und Esgrus 10 verschiedene Jurisdictionen feststellen können. Nicht einmal die Zahl der ehrenamtlichen Richter — Sandmänner genannt — war überall gleich. Sie schwankte zwischen 6 und 12. Auch war nicht überall der Hardsesvogt selber an der Rechtsprechung beteiligt. Das Bild kann vielschickiger nicht gedacht werden. Insbesondere aus dem 17. Jahrhundert liegen hunderte von schriftlichen Entscheidungen vor, die nach Harden getrennt gesammelt sind, um die unterschiedliche Handhabung zu zeigen.

Auffällig sind die vielen Fälle von Mord und Totschlag. Auffällig ist aber auch die ungleiche Behandlung selbst dieser Kapitaldelikte. Der außereheliche Vater konnte vor dem Thing das Kind in seine Familie aufnehmen, bestritt er die Vaterschaft, so konnten Verwandte der Mutter schwören, daß er es dennoch sei, blieb er dem Thing fern, mußte er mit einem Jahr Landesverweisung rechnen, wobei er bei vorzeitiger Rückkehr die Hinrichtung mit dem Schwert riskierte.

Nach dem Anschluß an Preußen wurden Verwaltung und Rechtsprechung den Harden bald genommen; beide Gebiete wurden voneinander getrennt. Zuletzt findet sich in dem Preußischen-Ministerial-Blatt von 1867 eine Zusammenfassung der Rechtsgebräuche in den Harden. Wenig später hatten sie nur noch Interesse für den Historiker. Übrig bleibt aber, daß viele Harden eine altherwürdige Einrichtung waren, die auf 1000 Jahre zurückblicken können. Durch die Bevölkerungszunahme kamen im Laufe der Zeit zu den in „Waldemars Erdbuch“ genannten weitere Harden hinzu. Aber auch diese sind mittlerweile alt. So soll auch die gegenwärtige Wiederaufnahme der Bezeichnung wohl an frühere Zeiten erinnern, an „alte Zeiten“, die im Volksmund stets besser waren als die Gegenwart. *Johs.-H. Meyer*

Der kunstsinnige Steinmetzgeselle

Über Herkunft und Werk des Bildhauers Ulrich Beier (1928—1981)

Republikanische Kunst?

Unser letzter Briefwechsel bezog sich auf den „Frankfurter Himmelshaken“. Es ging um eine Gruppe mächtiger Obelisken für die „Konstablerwache“ in Frankfurt am Main. Der aus Flensburg gebürtige Bildhauer Ulrich Beier hatte den ersten Preis in einem internationalen Wettbewerb um die künstlerische Gestaltung des neuen Fußgängerbereichs von „Hauptwache“ und „Zeil“ bis zu dem großen freien Platz, wo früher die Konstablerwache stand, gewonnen. Es handelt sich um einen historisch denkwürdigen Ort: um einen Ausgangspunkt der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung. Die plastische Gruppe sollte sowohl dem aktuellen gesellschaftlichen Treffen als auch der historisch-politischen Erinnerung dienen. Im Schwenkbereich des Schattens sollten Schrifttafeln angebracht werden, und zwar dergestalt, daß die Spitze des Schattens wie ein Zeiger am Mittag des jeweiligen Tages auf das Ereignis weist. Dabei war an vier Ereignisse gedacht: den Wachensturm von 1833, die Niederlage der Demokratie im Jahre 1933, beides kontrastierend zur Wahl des Paulskirchenparlaments von 1848 und zur Einsetzung des Parlamentarischen Rates im Sommer 1948.

In dem begleitenden Text heißt es: „Der Gedanke einer demokratischen Sonnenuhr und eines politischen Kalenders soll hier in unaufdringlicher Weise sichtbar werden.“ Die formale Bezeichnung lautet abstrakt: „Raum-Zeit-Gnomon“. Volkstümlich mochte das wegen seiner signifikanten Silhouette „Frankfurter Himmelshaken“ genannt werden. Konkret bedeutet es ein republikanisches Kunstwerk im Zentrum wachsender Urbanität der Rhein-Main-Metropole. Politisch war es im Zusammenhang mit dem Vermächtnis des Bundespräsidenten Gustav Heinemann zu verstehen. Er hatte zur Wiederentdeckung von Freiheits- und Volksbewegungen in der deutschen Geschichte aufgerufen. Beiers Vorschlag für die Gestaltung der Konstablerwache war eine Antwort darauf.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ulrich Beier war kein Volks- und Staatsbildhauer, wollte auch keiner werden. Aber durch seinen frühen Tod haben wir einen Gestalter verloren, der die künstlerisch glaubwürdige Umsetzung republikanischer Verhältnisse für legitim hielt. Bildhauerei war für ihn nicht nur eine private, sondern auch eine öffentliche Aufgabe. Er betrachtete die Lösung als besonders gelungen, wo der persönliche Ausdruck und die öffentliche Funktion zur Synthese gelangten. Wer die Nöte kennt, das Bonner Regierungsviertel mit „Kunst am Bau“ zu versehen, der mag eressen, welche wichtige Fragestellung

damit angesprochen ist.

Beier sah die öffentliche Aufgabe nicht allein in der großformatigen Freiplastik, sondern auch in angewandter Kleinkunst: Wer sich etwa im Besitz der Schleswig-Holstein-Medaille befindet oder mit der bronzenen Sport-Ehrentafel aus den frühen 60er Jahren ausgezeichnet wurde, mag noch einmal nachschauen, wie unser Gemeinwesen sich darstellt. Beier hat beide gestaltet.

Das soziale und geistige Milieu seiner Herkunft

Herkunft und Milieu können ein künstlerisches Werk nicht direkt erklären. Aber wenn ein junger Mann, der in Hinterhöfen der Flensburger Altstadt aufwuchs, zur freien Kunst gelangt, dann ist nach den Besonderheiten des Sozialmilieus zu fragen. Der eine Großvater, Friedrich Ohrtmann, war als Hütejunge in der Handewitter Gegend vermietet gewesen. Er konnte nur im Winter die Schule besuchen. Gleichwohl wurde ein kunstsinniger Arbeiter aus ihm. Er reimte gelegentlich Verse. Als Arbeiter in einer Kiesgrube sammelte er Petrefakten und seltsam geformte Flintknollen. Daraus baute er in seiner Freizeit kegelförmige „Grotten“. Eine davon stand lange im Garten des Klosters zum Heiligen Geist. Heute würde dergleichen als „Arbeiterkunst“ ausgestellt. Damals wurde es von Lausbuben zerdeppert.

Der andere Großvater, Franz Beier, war als Stukkateur von Hamburg nach Flensburg zugereist. Zusammen mit gelernten Bildhauern arbeitete er um die Jahrhundertwende in der Firma Olberg. Ihr verdankt Flensburg einige der schönsten Fassaden im Stil jener Jahre. Das Haus Toosbühlstraße 23 war Sitz und zugleich kunsthandwerkliches Renommierstück dieses Stukkateurbetriebes. Ob Denkmalschützer einmal ein Auge darauf werfen?

Der Brunnen im „Burghof“ nebenan wurde von Otto Triemer, einem Bildhauer und Stukkateur der Firma Olberg, geschaffen. Der kleine Ernst Beier durfte für das Bübchen mit dem wasserspeienden Fischmodell stehen — eine dicke Rolle Leinwand statt des Fisches im Arm. Als der Stuck aus der Mode kam, mußte der Großvater auf der Werft Arbeit suchen. Aber das Gespräch über Baustile und Fassaden, über Handwerkskunst und Kunsthandwerk blieb in der Familie lebendig.

Flensburger Lehrjahre

Die Berufswahl mußte im Frühjahr 1945 getroffen werden, als der Vater in Frankreich vermißt wurde. Womöglich hätte er gegen die Bildhauerei Einspruch erhoben, denn aus der fundierten Erfahrung seiner Familie heraus fürchtete er „brotlose Kunst“. Aber im ersten Jahr des Wiederaufbaus führten Frauen das Regiment. Als andere um „eiserne Rationen“ für den Fall der Katastrophe kämpften, erstand die kunstsinnige Mutter eine großformatige Reproduktion der

„Iphigenie“, wie Anselm Feuerbach sie gemalt hatte. Das Bild wurde über das Sofa in der kleinen Parterre-Wohnung am Südergraben 11 gehängt. Wer durch den Gang zum Holm ging und einen Blick in das ungeschützte Wohnzimmer warf, ließ sich von dem überraschenden Anblick blenden. Aus dem Zimmer wurde ein winziger Künstlertreff. Nach der Kapitulation tauchten hier auch Freunde aus den Jahren vor 1933 auf, die an den Wiederaufbau der Republik gingen.

Zufälle mögen mitgespielt haben, als Ulrich Beier im Mai 1945 bei dem Holzbildhauer Christian Brodersen am Hafermarkt 2 in die Handwerkslehre trat. Der Lehrmeister war auf eine seltsam trockene Weise „kunstsinnig“. Er hielt wenig von akademischem Symbolismus und schon gar nichts von figürlicher Konfektion nach Oberammergauer Art. Auf seinen Regalen standen einige Abgüsse aus dem Brüggemannschen Altar. An der Wand hing ein unvollendeter Kreuzifixus aus jenen Jahren, da der bescheidene Ornamentiker noch vom Ehrgeiz des Figuristen bewegt wurde. Als Ulrich Beier ihn auf figürliche Probleme ansprach, soll er gesagt haben: „Von Kunst reden wir ein andermal.“ Brodersens Spezialität waren Brotteller und Federschalen, Wandleuchter und Lampen, die aus Eichenholz geschnitzt und in der Räucherammer dunkel gebeizt wurden. Natürlich waren auch Holzkreuze gefragt — in jenen Jahren. Im Sommer 1945 beteiligten Meister und Kollegen sich an der Holzaktion im Glücksburger Wald. Im Sommer darauf stachen sie Torf im Jarplunder Moor.

Von der Urproduktion des Brennstoffes bis zur Herstellung kunstvoller elektrischer Beleuchtungskörper für Säle und Foyers reichten die Arbeiten der Lehrjahre. Dabei fielen auch klassische Aufträge an wie die Abnahme einer Totenmaske in der Kapelle der Diakonissenanstalt. Manches ging ins Stukkateurfach über. Großvater Beier war für den einen oder anderen Geheimtip gut, wie der Gips zu strecken oder zu härten sei, wie sich dauerhafte Leimformen anfertigen ließen. Vater Ernst mußte seine Skizzenkartei rausrücken, wenn es Schriftprobleme gab. So verschieden diese Dinge erscheinen mögen, hingen sie doch auf diese Weise eng zusammen mit einem bestimmten kunstsinnigen Facharbeitermilieu.

Ein faszinierender Auftrag für Meister Brodersen war die Wiederaufstellung und teilweise Restaurierung von Altarblatt und Orgelprospekt der St.-Nikolai-Kirche. Alles war gegen Kriegsende ausgelagert und mußte wieder in Ordnung gebracht werden. Es gab abgebrochene Heiligenfinger zu schnitzen und alle möglichen Schäden zu beheben. In diese Zeit fällt die Bekanntschaft mit Pastor Grube, der im nahen Pastorat eine Gruppe junger Leute versammelte, um über Religion und Philosophie zu sprechen. Ulrich Beier wurde dabei kein „kirchengläubiger“ Mensch. Aber die handwerkliche und geistige Auseinandersetzung mit Fragen des Christentums wurde von ihm sehr ernsthaft betrieben.

So vielseitig die Arbeiten und Anregungen während der Flensburger Jahre auch waren, gab es doch hohe Hürden zu überwinden, was die Entwicklung zu freier

figürlicher Kunst betraf. Wie der Vater die „brotlose Kunst“, so fürchtete der Meister den Ehrgeiz des strebsamen jungen Mannes, der noch nicht einmal die Gehilfenprüfung hinter sich hatte: „Einfach to seggen, ick will Figurist warn!“ Das ging dem qualitätsbewußten Handwerker über die Hutschnur. Bei er modellierte zu Hause in der kleinen Wohnküche. Er besorgte Ton aus der Steilküste zwischen Mürwik und Solitude. Wer ihm gegenüber saß, wurde porträtiert. So entstanden skizzenhaft gearbeitete Tonmasken, die leider verloren sind.

Das Thema Tierplastik bot sich an, um ohne größere Umstände zur Modellierung bewegter Körper zu gelangen. An der Harrisleer Straße wohnte Johannes Saß. Als Malergehilfe hatte er sein Talent entwickelt, ohne zur freien Kunst zu gelangen, denn die Verhältnisse waren nicht so. Später zeichnete Saß Flintwerkzeuge und Waffen, die Jakob Röschmann aus dem Museum brachte. Sie sollten katalogisiert werden. Bei er bewunderte gelegentlich das sichere Auge und die geschickte Hand des versierten Zeichners. Bei einem Besuch rückte Saß einen besonderen Bücherschatz heraus: einen „Tieratlas“, in dem jene Lebewesen, die sonst nur im Zoo beobachtet werden konnten, in ihren charakteristischen Haltungen abgebildet waren.

Nach diesen Bildern modellierte Bei er einen kleinen, hockenden Schimpansen. Die Familie war fasziniert. Sogar Meister Brodersen ließ sich zu einer positiven Bemerkung hinreißen. Das war Anlaß genug, um den „Affen“ als Gehilfenstück in Eiche auszuführen. Die solide Arbeit wurde einige Wochen im Schaufenster der Handwerkskammer in der Nikolaistraße ausgestellt — ironischerweise nur wenige Schritte von der Stelle entfernt, wo heute die „Nixe“ über der Quelle hockt.

Mit der Gehilfenprüfung im Frühjahr 1948 kam auch die große Währungsreform, die keineswegs unmittelbar zum „Wirtschaftswunder“ führte. Vielmehr gab es eine kurze, heftige Krisenperiode, in der Brodersens Holzbildhauerei praktisch stillstand. Nicht einmal „Handlaufkrümmlinge“ für Treppengeländer, mit denen ein Handwerksbetrieb sich notfalls über Wasser hielt, wurden in Auftrag gegeben. Es war eine Situation, in der zünftige Gehilfen früher ihr Bündel schnürten, um auf der Wanderschaft ihr Glück zu suchen — oder im „Elend“ zu verrecken.

Bei er war nicht ganz hilflos, denn es gab gewachsene solidarische Bindungen, die über den Kreis der Familie und die Grenzen der Provinz hinauswiesen.

Von Bedeutung für den Sprung aus der Enge des Grenzlandes in die Metropolen wurden zwei Namen, die nur wenigen in einem solchen Zusammenhang vertraut sein dürften: Bernard Schultze und Herbert Wehner, der Maler und der Politiker. Schultze war mit seinen Eltern auf der Flucht aus Berlin nach Flensburg verschlagen worden. Er wohnte in der Wrangelstraße und arbeitete dort mit einer künstlerischen Rastlosigkeit, ja geradezu Besessenheit, die ansteckend wirken mußte. Er stand auch im Winter im ungeheizten Atelier mit verbundenen

Frostbeulen an den Fingern vor der Staffelei und malte, malte, malte.

Die erste Bekanntschaft war mehr zufälliger Art, soweit man in der Enge der Flensburger Altstadt von Zufällen sprechen darf. Schultze zeichnete — notfalls auf der Rückseite von Tapetenrollen — einen Greisenkopf nach dem anderen. Er begann mit einer Serie im Kloster zum Heiligen Geist. Der alte Grell und der mächtige Kahlkopf von Großvater Fritz fielen besonders auf. Mutter Marianne erkannte sofort, daß hier kein Alltagsmaler, sondern eine außerordentliche Persönlichkeit, womöglich ein Genie am Werk gewesen war. Sie knüpfte die Verbindung zwischen dem Lehrjungen und dem aufregenden Berliner, der eine halbe Generation älter war und Ulrich wie einen jüngeren Bruder förderte.

In einem Dachatelier Ecke Marienstraße und Nordergraben traf sich regelmäßig eine Gruppe von Künstlern, um gemeinsam nach dem Modell zu zeichnen. Die Maler Nentwich und Hensel waren dabei, natürlich auch Schultze und Ulrich Beier. Diese private Akademie ist gemeint, wenn es in Beiers Lebenslauf lapidar heißt: „Kontakt mit Bernard Schultze, der ihm Zeichenunterricht gibt.“ In allen möglichen Situationen — im Südergraben, am Museumsberg, am Hafan und auf der Förde — wurde gezeichnet: mit Feder, Kohle und Blei.

Schultze zog 1947 nach Frankfurt am Main. Dort gelang ihm Anfang der 50er Jahre der Durchbruch zu seinem eigenen „tachistischen“ Stil, mit dem er internationale Anerkennung fand. Im Spätsommer 1948 schrieb ihm Beier aus seiner Flensburger Misere heraus, er wolle nun Kunst studieren. Wo er sich am besten bewerben solle? Schultze empfahl den „Baukreis“ in Hamburg unter dem Bildhauer Richard Steffen. Beier reiste mit seinem „Affen“ im Gepäck an die Elbe. Steffen hatte an dem Kunstwerk einiges auszusetzen. Aber der junge Holzbildhauergehilfe wurde in seiner Art akzeptiert und konnte in Hamburg studieren.

Seinerzeit lebten noch viele „Butenhamburger“ auf dem Lande, weil es in der Hansestadt an Wohnraum fehlte. Beier fand seine erste Unterkunft mit Hilfe der Familie Wehner, die schon damals zur Miete „Am Schlump“ wohnte. Wehners waren durch Frau Lotte, eine der drei Clausen-Töchter, mit Flensburg verbunden. Ab 1946 besuchten sie immer wieder — zuerst von Schweden, dann von Hamburg aus — ihre Tante Hanne in der Terrassenstraße. Eltern und Kinder trafen sich und machten Ausflüge an der Förde. Wenn Herbert Wehner dabei war, dann wurde aus der privaten Spielerei politischer Ernst. Dann wurde in aller Leidenschaft über die Möglichkeiten deutscher Politik in dem zerschlagenen Vaterlande diskutiert. Dann war der Grenzkampf um Flensburg und Schleswig keine abseitige Randbewegung, sondern ein zentrales Problem — wie die Frage der Spaltung in Berlin oder des Separatismus im Saargebiet. Wehner und Schultze haben beide tiefen Eindruck hinterlassen. Gleichwohl fällt es schwer, ihre Wirkung auf einen Nenner zu bringen. Zwar definierte auch Schultze eine Wurzel seiner Arbeit aus

der gesamtdeutschen Geschichte heraus. Dabei berief er sich gerne auf Albrecht Altdorfer und Matthias Grünewald. Er nannte seine Kunst durch und durch „deutsch“. Aber es war nicht die inhaltliche Übereinstimmung zwischen Wehner und Schultze, die in der gleichen Richtung wirkte, sondern vielmehr die Ausstrahlung zweier kraftvoller Temperamente, die junge Leute in ihrer Umgebung aus der kleinstädtischen Idylle herausriß. Sie wurden mental geprägt für ihr Leben, erhielten einen starken Impuls, künstlerische und politische Fragen in größeren Zusammenhängen zu sehen.

Durchbruch an der Elbe

Der „Baukreis“ sollte keine „Kunsthochschule“ im Sinne eines vollakademischen staatlichen Lehrbetriebes sein, sondern vielmehr eine Art Genossenschaft von Lehrenden und Lernenden — auf die Teilung des gemeinsamen Gewinnes abgestimmt. Wer sich heute mit Hochschulreformen befaßt, mag darin einiges Vorbildliche erkennen, was die Finanzierung des Lehrbetriebes, die Verbindung von Hand- und Kopfarbeit und das Verhältnis von Professoren zu Studenten betrifft.

Die gemeinsame Arbeit fand in einer großen Schule in der Norderstraße, nahe dem Berliner Tor, statt. Das Haus war im Kriege zerbombt worden. Bildhauer, Architekten und Maler hatten es notdürftig wieder hergerichtet und durften nun darin ihren Unterricht organisieren. Mitten in der Bildhauerklasse stand die Drehscheibe für das Modell, nach dem gezeichnet und modelliert wurde — wie in anderen Kunstschulen auch. Aber an den Wänden standen Schnitzbänke. Dort wurde produziert, was sich an Bildhauerarbeiten verkaufen ließ — vor allem Holzkreuze für den Ohlsdorfer Friedhof. Pro Buchstabe wurden 25 Pfennige bezahlt. Damit finanzierte Beier sein Studium.

Er wohnte inzwischen in Blankenese in einem umgebauten Pferdestall im Warburgschen Park. Ende 1949 heiratete er Annelise Friedrichsen. Sie kam aus der Jürgenstraße in Flensburg. Er hatte sie schon 1945 bei Pastor Grube kennengelernt. Nun war sie nach Hamburg gekommen, half den Lebensunterhalt verdienen und studierte ebenfalls im Baukreis. Wenn Beier in diesen harten Jahren durchgehalten hat, ist das nicht ohne diese Partnerschaft zu erklären. Auch der „Pferdestall“ wurde in einen künstlerischen Produktionsbetrieb verwandelt.

Beier übernahm vom Bildhauer Scheibe eine kleine Töpferwerkstatt und produzierte keramischen Schmuck — damals eine außerordentliche Seltenheit. Ein Hamburger Modesalon war der wichtigste Abnehmer. Eine Halskette lag auch im Schaufenster der Kunsthandlung Hattesen am Holm in Flensburg. Aber keine „Nixe“ biß an. Allein Mutter Marianne trug jahrelang voller Stolz eine Kette, die ihr mehr wert war als Gold, Silber und Perlen.

In den Baukreisjahren festigte sich die lebendige Verbindung von Handwerk und

freier figürlicher Bildhauerei. Meister Steffen setzte vor allem die Maßstäbe für das künstlerische Werk. Er hatte als Schriftsetzer angefangen und im Paris der 20er Jahre Bildhauerei studiert. Der Einfluß von Aristide Maillol war in seinen kräftigen „Liegenden“ immer wieder erkennbar. Wenn man so will, ist Beiers „Holm-Nixe“ auch als eine Maillol-Enkelin zu interpretieren.

Steffen war durch einen Berufsunfall stark körperbehindert, so daß die Ausführung seiner großen Frauengestalten in dem bevorzugten harten Gestein durch künstlerisch versierte Steinmetzen erfolgen mußte. Für Beier war das eine willkommene Gelegenheit, um von der Holzbildhauerei, die sich tatsächlich als „brotlose Kunst“ erwies, auf die Steinbildhauerei umzusteigen. Er tat das nicht in einem Lehrverhältnis, sondern dem jeweiligen Meister zur Hand gehend, teils in Ohlsdorf, teils beim Cardi, der auf die Übertragung von Baukreis-Plastiken in Stein spezialisiert war. Wochen und Monate stand Beier in den Steinmetzwerkstätten, um die Gipsmodelle im Verhältnis 1 : 1 mit der Punktiermaschine in Stein zu übertragen. Die Sensibilität des ausgebildeten Künstlers kam ihm vor allem bei der Oberflächengestaltung und bei der Ausarbeitung der Details zustatten. Die kreative Idee mußte mit den Bedingungen des spröden, kristallinen Materials in Einklang gebracht werden. Steffens Alterswerk ist in dieser Hinsicht immer wieder durch Beiers Hand gegangen.

Ein schönes Zeugnis der Zusammenarbeit mit Steffen bildet der Ausstellungskatalog 1959 des Berufsverbandes Bildender Künstler in Hamburg. Darin findet sich eine „Ruhende“ von Richard Steffen, ausgeführt in Syenit. Weiter unten ist eine selbständige Arbeit Beiers abgebildet: „Roter Vogel“ — eine streng zusammengefaßte Taubengestalt in Rochlitzer Porphy. Der Maler Fritz Kronenberg liebte dieses Tier. Es steht heute auf seiner Grabplatte.

In den elf Jahren von der Anreise mit dem „Affen“ bis zur Ausstellung der „Tauben“ in der „Halle der Nationen“ auf dem Gelände von Pflanzen und Blumen war Beier der künstlerische Durchbruch gelungen. Aus dem Holzbildhauer war ein Steinmetz, aus dem Junggehilfen eine selbständige Künstlerpersönlichkeit geworden. Der Kampf um gestalterische Autonomie war lang und schwer gewesen. Beier lebte mit seiner Familie seit vielen Jahren in einer besseren Gartenlaube ohne jeglichen Komfort. Den ersten Freiraum schuf ihm das Ernst-Preczang-Stipendium. Der gelernte Schriftsetzer, frühere „Vorwärts“-Redakteur und Büchergildenlektor, bekannt als Autor der „Ursula“, hatte testamentarisch verfügt, daß aus den letzten Tantiemen seiner Werke junge Künstler unterstützt werden sollten. Es handelte sich um kleine Beträge. Aber sie reichten aus, um die Pflichtarbeiten für die Anerkennung als freier Bildhauer durch den Berufsverband zu erreichen.

Drei Ausstellungen: Flensburg, Hamburg, Bonn

Die frühen sechziger Jahre waren eine fruchtbare Zeit in Beiers Schaffen. Damals

entstanden die großen Blattmotive in Bronzeuß und die kleinen, kompakten Janus-, Schild- und Maskenköpfe in Stein, daneben mehr additive, reliefartige Kompositionen aus geschliffenen Natursteinen auf Metallplatten und Mauern, schließlich die getürmten Quellsteine. Es war nur konsequent, in dieser Situation eine erste Ausstellung zu wagen, die einen Überblick über das werdende Gesamtwerk vermittelte.

Das Städtische Museum in Flensburg präsentierte vom 8. September bis 7. Oktober 1962 eine Ausstellung mit Skulpturen von Ulrich Beier und Graphiken von Peter Kleinschmidt, dem Lübecker Freunde. Beier zeigte insgesamt 44 Arbeiten: vor allem Skulpturen, weiter Arbeitsmodelle und Studien, Gebrauchsgegenstände, Holzschnitte, Zeichnungen und Fotografien. Zweimal war bereits das Motiv der „Havfrue“ dabei — in Gips und Diabas.

Ellen Redlesen hielt ihre Hand über diese Ausstellung. Joachim Dittrich, Schwager und Freund aus den Baukreisjahren, gestaltete Plakat und Prospekt. Wolfgang J. Müller von der Universität Kiel hielt den einführenden Vortrag. Im begleitenden Text meinte er: „Beier verlangt von seinen plastischen Arbeiten dinghafte Eigenständigkeit und gültige Genauigkeit. In handwerklicher Gewissenhaftigkeit vermeidet er spielerische Unklarheiten und die Reize des Zufälligen. Auch in seinen Zeichnungen untersucht Beier die natürliche Spannung der Einzelform, ihre Beziehung zu verwandten Formen. Seit kurzem arbeitet Beier an Gebilden, die über Nachahmung und Erzählung hinausgehen, es sind dinghafte Formen des Lebens, gesammelt und verdichtet in Stein.“

Müller zeigte das Gespür des erfahrenen Kunsthistorikers für den fruchtbaren Moment im lebensgeschichtlichen Prozeß der Entstehung eines selbständigen Gesamtwerkes. Anderen Kritikern fiel es schwer, zu begreifen, daß ein junger Bildhauer — anders als Zeichner und Maler — notwendigerweise nicht mit derselben Strenge aus Dutzenden von Werken auswählen kann, sondern exponieren muß, was verfügbar ist. Es sei denn, er betriebe eine Manufaktur.

Bald zehn Jahre später konnte Beier endlich vorweisen, was nur mit unendlicher Geduld und penetrantem Fleiß hervorzubringen war: eine formal geschlossene Werkschau von Arbeiten gleichwertiger Qualität und intensivster Aussage. Die Galerie in Flottbek, Gerd-Wolfgang Essen, zeigte vom 13. September bis 31. Oktober 1971 Skulpturen von Ulrich Beier. Einige Arbeiten waren schon in Flensburg zu sehen gewesen. Dort standen sie eher wie erratische Blöcke, von denen Beier selbst noch nicht so genau wußte, ob er das Material oder umgekehrt der Stoff ihn beherrschte. Nun war die Anverwandlung gelungen. Künstler, Motiv und Gegenstand hatten einander erkannt und anerkannt. Damit verband sich eine neue, geradezu magische Wirkung: Ein mächtiger Augapfel aus grobkristallinem Marmor mit einer Pupille aus Schiefer auf einem metallenen Sockel wurde zum signalhaften Zeichen dieser Ausstellung. Die eingesetzten Augen mit irisierendem

Hintergrund wiederholten sich in neuen „Spaltköpfen“, die aus der Familie der Janusköpfe hervorgegangen waren. Hier wurde suggestiv nach der Identität von Objekt und Subjekt gefragt.

Nicht ohne Pathos schrieb damals Will Hofmann: „Wir sahen lange nicht ein so konsequentes, einheitliches und eigenständiges Schaffen. Die spiegelnde Glätte dieser mit großer Sachkenntnis behandelten Steine, zu denen unter anderem Porphy, Diabas, Schiefer, Marmor und Kalkstein gehören, macht die Objekte zwar im besten Sinne ‚handlich‘, aber sie sind alle rückverwandelt ins Archaische. Sie gehören gleichsam in den Schoß von Jahrtausenden und ihr geistiger Umkreis reicht bis zu den Höhlen von Altamira und den ägyptischen Göttern zurück. Urgesteine werden zu Urbildern, ein vollkommener Urklang ertönt. Sie sind lapidar, also steinhart monumental im echten Sinne, zur einfachsten und alles umgreifenden Wesenheit gebracht. Einige Skulpturen sind mehr mit dem Magischen verhaftet, Medium des Geheimnisvollen, Unerklärlichen, hermetisch verschlossenen. Leere Augenhöhlen bekommen eine erschreckende Konsequenz...“

Es bedurfte nur noch eines Anstoßes, um überregional und international Anerkennung zu finden. Bundespräsident Gustav Heinemann sah eine seiner Aufgaben darin, entsprechende Impulse für junge Künstler zu geben. 1972 kam es zu einer Ausstellung in der Villa Hammerschmidt in Bonn. Bei einem Staatsbesuch im Vatikan überreichte der Bundespräsident Papst Paul VI. einen „Doppelgesichtigen Steinkopf“, den er selber bei einem Besuch im Hamburger Atelier für die Bonner Ausstellung ausgewählt hatte. Die Verbindung zum Bundespräsidialamt riß nicht ab. Bald erhielt Beier den Auftrag für zwei große Marmorfiguren, die im Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten aufgestellt werden sollten. Sie stehen dort nun am Weiher im Park von Schloß Bellevue — abstrakt — aber wenn man so will: „Gustav und Hilda“.

Das Land als plastisches Freilichtmuseum

Hier können unmöglich alle Arbeiten Beiers aus den letzten 20 Jahren aufgezählt werden. An vielen Orten im Lande stehen seine Werke. Die Leser mögen gelegentlich auf Entdeckungsreise gehen, um immer wieder überrascht zu werden, wie vielseitig und auf die jeweilige Situation abgestimmt die Artefakte sind. Beier war kein Manierist. Seine Werke werden nicht durch eine gemeinsame „Masche“ erkennbar. Er lehnte es immer wieder ab, bevorzugt mit „Filz“ oder ausschließlich mit „Nägeln“ zu arbeiten, wie es berühmtere Kollegen aus der Düsseldorfer Gegend tun. Sein Formenschatz reicht von elementaren Stücken in Stein und Erz bis zu figürlichen Arbeiten in Holz und Leichtmetall, die nicht ohne literarische Pointe zu verstehen sind. Er war ein Meister der Kalligraphie, die er früh durch seinen Vater als Schriftkunst schätzen lernte. Zahlreiche Inschriften auf

Friedhöfen oder an Gebäuden kommen von seiner Hand.

Wer nach Amrum reist, nehme „Tee mit Rum“ zur Hand. Sein Vetter Fritz Ohrtmann schrieb diese Geschichte. Ulrich Beier hat sie illustriert. Auf dem Friedhof in Nebel/Amrum stehen herrliche alte Grabsteine und moderne Verlegenheitsprodukte — mit einer Ausnahme: ein Stein für Bürgermeister Paulsen, den Beier selber haute. „Zwischen Tradition und Bauhaus“, lautete sein lapidarer Kommentar in einem Brief an den Verfasser.

Auf der Rückreise sind in Husum drei „Steinbäume“ aus Rotlava zu sehen. Sie stehen in der Adolf-Brütt-Schule. Ulrich und Annelise haben sie mit Moosen und Gräsern bepflanzt. Vor dem alten Hauptgebäude der Landeskrankenanstalt auf dem Stadtfeld in Schleswig steht eine Datums- und Mittagsuhr mit der „Aufforderung an die Sonne, länger als vorgesehen über Schleswig zu verweilen“. Noch weiter im Osten, Kappeln-Ellenberg, finden sich „Sonne, Mond und kleine Wolke“.

Ein Zentrum bildet Flensburg. Viele kennen die „Holmnixe“ von 1977, dort, wo die Nikolaistraße auf den Holm stößt. Das Quellwasser hat dabei seine besondere lokal- und lebensgeschichtliche Bedeutung (Vgl. GFH Nr. 3/1977). Beier kümmerte sich auch um das schmiedeeiserne Geländer, das ein gestandener Handwerker in solider Manier nach seiner Zeichnung fertigte. Im Mittelpunkt steht die Figur: Die spröde Schönheit und der schwungvolle Schwanz — das ist nicht ohne Witz, Aggressivität und höhere Einfühlung zu begreifen. Wer ahnt schon, daß Beier auch die kleine Steinsetzung in der Raucherecke am Alten Gymnasium schuf? Oder den Bronzebrunnen unweit der Eiderstraße? Oder den merkwürdigen Vogel „Trifolium“ auf dem Platz vor der Zentralschule in Harrislee? Oder die Baum-Blatt-Motive vor dem Fördegymnasium und in der Pädagogischen Hochschule? Auch die Dörfer in der Umgebung erlauben manche Entdeckung. Im Kindergarten in Tarup liegt ein „Lindwurm“. Die Schule in Munkbrarup besitzt eine hervorragend schöne „Steinblume“.

Als zweites Zentrum wäre Kiel zu nennen. Wer aufmerksam durch die Landeshauptstadt wandert, findet an markanten Punkten immer wieder Beiers Arbeiten: den großen Bronzebrunnen im Schloß; das Graf-Luckner-Denkmal an der Kiel-Linie; die Lichtbäume vor dem Landesarbeitsamt und die gereihten Tropfen über dem Eingang zum Institut für Milchwirtschaft. Eine monumentale Gruppe aus strahlendem weißem Marmor, die vor dem Neubau der „Provinzial“ südlich des Kieler Hauptbahnhofs aufgestellt werden soll, wartet unvollendet im Hof des Ateliergebäudes hinter der Tatenberger Schleuse in Hamburg. Sie kann nach Beiers Zeichnungen abgeschlossen werden und bildet dann den Höhepunkt unter seinen großen Freiplastiken.

Ein drittes Zentrum findet sich in Lübeck. Der Thomas-Mann-Stein (Vgl. GFH Nr. 2/1975) vor der Landesbank an der Breiten Straße zu Lübeck bildet gleichsam das

hochartifizielle Gegenstück zu der schlichten Grabstelle auf Amrum. In einer Schule in Kücknitz sind drei Sonnenuhrenkegel und eine Sitzsteinanlage aus Rotlava zu sehen. Im Chor des Lübecker Domes liegen die Bischofsgräber, abgedeckt durch Sandsteinplatten von Beiers Hand. Dort hängt auch eine Gedenkplatte an 60 ermordete Priester aus der Zeit der Christianisierung. Beier scheute vor historisierenden Arbeiten nicht zurück. Im Krankenhaus Reinbek „St.-Adolf-Stift“ ist eine Gedenktafel mit der Bischofsfigur in einer Mandula angebracht. Sie erinnert an den Stiftungsakt. Vor dem Krankenhaus schlängelt sich eine „Wassertreppe“ aus schwarzem Basalt und dem lebendigen Naß. Diese Arbeit wurde im Wettbewerb „Kunst + Architektur“ preisgekrönt. In dem Reinbeker Krankenhaus starb Beier am 7. Juni 1981, von Ärzten und Schwestern als „ihrem“ Künstler liebevoll umsorgt. Nicht weit entfernt, in einer Reinbeker Schule, liegen „Quellsteine“, die schon Anfang der 60er Jahre gesetzt werden konnten.

Die „Vollendung“ des kunstsinnigen Steinmetzgesellen

Wer den lebenden Ulrich Beier entdecken will, der fahre nach Hamburg. Im Innenhof des Funkhauses steht eine „Triade“, ein dreifältiges Baum-Blatt-Motiv, das im Dialog mit Peter Blachstein, dem Freunde, und Gerhard Schröder, dem Intendanten, entwickelt wurde. An vielen Ecken der Hansestadt sind Arbeiten Beiers zu sehen, die hier gar nicht aufgezählt werden können. Nur ein Tip für kunstsinnige Betrachter: Im Altenheim am Schürbeker Weg stehen die „Bremer Stadtmusikanten“ — nach Meinung des Autors ein Höhepunkt unter den Tierplastiken.

Die Galerie Gerd-Wolfgang Essen in der Alexander-Zinn-Straße zeigt ständig Arbeiten Beiers. Die vollständige Sammlung findet sich freilich in dem großen Schulhouse in den Elbmarschen, einem typischen Norddeutschen Backsteinbau — dunkelrot mit weißen Sprossenfenstern. Dort verbrachte Beier seine letzten Jahre in außerordentlicher Produktivität. Frau Annelise versucht, das Lebenswerk zusammenzuhalten und nach Beiers letzten Weisungen abzuwickeln, fortzusetzen und zu hegen. Als Fotografin hat sie seine Arbeiten seit vielen Jahren hilfreich begleitet.

Im Schulhof in Tatenberg steht eine Figur, die sich durch ihre Kantigkeit aus allen anderen Arbeiten heraushebt. Dazu schrieb Beier im August 1978: „Auf der Hintour nach Flensburg wollen wir im Schloß Gottorf, wo die diesjährige 25. Landesschau stattfindet, meine Visitenkarte abgeben: eine hermenhafte Stele (aus Basalt mit eingesetzten Augen): ‚Der kunstsinnige Steinmetzgeselle‘. Privat und unausgesprochen ist das sowas wie ein Selbstporträt, doppelt verschlüsselt. Ach wie gut, daß niemand weiß ... “ Beiers Arbeiten sind immer wieder von einem hintergründigen Witz, der sich erst allmählich und im Zusammenhang erschließt. Die letzten Briefe waren voller kauziger Bemerkungen über die „Vollendung“ des

Unvollendeten: „Das ist denn ja wohl, was man dann schließlich fraglos und unbestreitbar vollendet hat: Lebensjahre! (und jedes Jahr noch eins).“ Auf Kindheitserinnerungen überspringend, fügte er hinzu: „Erinnerst Du vielleicht noch aus dem Klostermilieu bei Opa Ohrtmann das Geprotze und Gepoche: ‚Ick bün veerunachsig!‘ — ‚Un ick, ick bün fiefunachsig!‘ Das ging schon los mit süßunsüßig — vollendet! Na, excuse me, ich komme so in die Nähe von Karfreitagsvokabular, und dabei wollte ich Dich eigentlich amüsieren. Nur munter fort so: Ich schließe gerade ab (um nicht zu sagen: ich vollende) einen Wettbewerbsentwurf ...“

Leben und Werk des Bildhauers Ulrich Beier wurden mit „tweeunföftig“ vollendet — in einem fraglosen, endgültigen Sinne. Niemand hatte das erwartet, auch nicht aus einer Karfreitagsstimmung heraus. Es ist ein Jammer — nicht zuletzt um des Unvollendeten willen.

„Kunst am Bau“ — Uwe Michelsen

Vor einigen Jahren gab es irgendwo an der Westküste eine Ausstellung unter der Bezeichnung „Kunst und Kunsthandwerk“. Sie regte den Rezensenten einer Husumer Zeitung dazu an, aus grundsätzlichen Erwägungen den Titel auf „Kunst und Handwerk“ zu vereinfachen. Denn — so begründete er durchaus plausibel — beide Betätigungen stünden in gleichem Rang. Kein Fachmann von heute wird das bestreiten, zumal die Antike bereits wußte, daß Kunst und Handwerk den gleichen Ursprung haben. Der Parthenon auf der Akropolis von Athen, fast zweieinhalb Jahrtausende alt, hat den Jahrhunderten seitdem eine ideale Harmonie vorgegeben, da seine Strukturen und Reliefs aus einer eindeutigen Gesinnung gewachsen sind. Vom heidnischen nahm das christliche Europa mancherlei auf, und als andere als religiöse Motive für Bauten und Skulpturen auftauchten, da blieben jene frühen Anfänge weiterhin maßgebend. Besonders galt das für die kunstsinnigen Fürsten des Absolutismus und auf dem Weg über den Klassizismus auch für den „geweckten“ Bürger. So wird für den weltlichen Bau des Dresdener Zwingers mit dem Einfügen des Nymphenbades (u. a.) die mythologische Attitüde gewahrt, und das klassisch bewußte Weimar stellte vor sein Theater das idealistische Dichterpaaar Goethe und Schiller, auch hier Vorbild für andere Städte, andere Länder — und gleichzeitig, technisch gesehen, so etwas wie „Kunst am Bau“.

Aber dafür war die Zeit noch nicht reif und wurde es auch vorerst nicht: Das Biedermeier war auf das Poetische und das Spaßige aus, und die Vorstellungen, die die Revolutionszeit bewegten, blieben

erfolglos, während das Reich mit viel Geld und Geltung den Regierenden und ihren Ideologien Denkmäler der jüngsten „Geschichte“ oder mythologisierende Darstellungen ihrer Geschäftstätigkeit (kürzlich in einer Tageszeitung: „Merkur am Postamt Rathausstraße“) errichtete.

Jedes solcher individuellen Motive oder derartiger Gruppenhinweise fehlt dem, was heute unter der Bezeichnung „Kunst am Bau“ allenthalben entsteht und damit nicht das Stadtbild oder die Dorflandschaft abändert, sondern mitformt und bildet. Denn es gilt nicht mehr, eine strittige Problematik über -ismen oder ähnliche Doktrinen zu diskutieren, um sie danach zu fördern oder abzulehnen. Das Ziel besteht vielmehr darin, den Bau mit Hilfe der Kunst dem Staatsvolk bis hinunter zur kleinen Gemeinde oder beispielsweise einer Schulgemeinschaft verständlich, also heimisch zu machen. Dazu bedarf es nicht der pluralistischen Fülle der politischen Meinungen oder der künstlerischen Richtungen, ebenso auch nicht eines derzeitigen oder erstrebten Formbewußtseins, weder des Willens zu einer Sensation, um den unbekanntem Künstler ins Gerede zu bringen, noch eines berühmten Namens, der möglicherweise die „Beschenken“ enttäuscht.

Der dazu bestellte Künstler bedarf dazu nicht einmal irgendeiner der heute zahlreichen Dogmen der Psychologie, die er sowieso erst wieder diskutierend begründen müßte; vielmehr braucht er eine Nase für das, was sich in der Stille vollzieht, eine Witterung also, die unter und über das Fixierbare hinausgeht. Sie trifft damit das, was der Individualpsychologe Alfred Adler vor mehr als fünfzig Jahren zur

Kennzeichnung seiner wissenschaftlichen Methode in der Psychoanalyse Menschenkenntnis nannte. Der Künstler, der so etwas oder ähnliches nicht als Streimethode, sondern als introvertierten Impuls für seine Kunst ansieht, dürfte den hintergründigen Forderungen der „Kunst am Bau“ überzeugend entgegenkommen und nicht nur Verständnis, sondern auch Zustimmung finden. Denn sowohl die Gruppe der Handwerker und Künstler als auch die Freunde und Nutznießer dieser Kunst sehen die Produktion am Bau wie den Genuß oder die stille Freude daran sachlich nüchterner, als das einst in Zeiten des Pathos oder der Schwärmerei der Fall war.

*

Ein Künstler, der für solche Arbeit die entsprechenden Voraussetzungen mitzubringen scheint, ist der Maler Uwe Michelsen, dessen Arbeiten und Ausstellungen seit Jahren ein beachtliches Echo in der Tagespresse des Landes Schleswig- Holstein gefunden haben. Da wurde zum Beispiel im Juni 1975 der Grabstein für Detlef Boysen, „einst beliebter Förderer junger Künstler“, erwähnt und die schlichte Würde der Stele aus Mooreiche darauf gerühmt, weil auf jede Andeutung von Pathos verzichtet wird und die Wirkung allein auf die gewachsene „Natur“ gegründet ist.

Da werden die Materialien und die Techniken des Künstlers hervorgehoben, weil unkonventionell und doch nicht gesucht, sondern zu seinen Einfällen und Sujets passend. Und eben diese Sujets — Blätter und Keime, Bäume und Insekten, Massiges und Zartes zwischen Apparaturen und beklemmenden Gebilden der modernen Technik — werfen vielerlei Fragen im Betrachter auf.

Vor Jahren (Grenzfriedensheft 2/1978) habe ich mit einer Arbeit „Atelier Kleinsolt“

Michelsens damalige Entfaltung anzudeuten versucht und u. a. geschrieben: „... Als Künstler am Bau hat sich Michelsen in den vergangenen Jahren oft bewährt und in seinen Aufträgen künstlich erzeugte Stoffe geprüft und danach den stilistischen Duktus des Werkes am Bau bestimmen lassen ... In Großenwiehe hat der junge Meister einen Brunnen aus Edelstahl und eine farbige Außenwandplastik aus Beton geschaffen. Bei beiden Werken hat er das spröde Material in die beabsichtigte Form gezwungen und ohne überflüssiges Beiwerk Aufmerksamkeit für ihre unauffällige Schönheit gewonnen ...“

Und schon damals wurde ein Resümee seiner Entwicklungsmöglichkeiten angedeutet: „Zwischen uriger Mooreiche und Industriestoffen — Welch eine reichhaltige Skala von Einfällen! Was heute als Motivation bezeichnet wird, interessiert daran kaum, vielmehr aber das Schaubare, Sinnfällige. Und ob das nun archaisch oder modern, ob heimatgebunden oder weltkindlich, ob konventionell oder spektakulär wirkt, scheint eine überflüssige Fragestellung angesichts der Stetigkeit eines organisch bestimmten Weges der Unbeirrbarkeit, ja sogar Gelassenheit und unter dem Eindruck solchen Fleißes und derartiger Zuverlässigkeit.“ Etwa ein halbes Jahr nach der Ausstellung zum 70. Geburtstag des Malers Gerhard Fritz Hensel brachte Dr. Dietmar Albrecht in seiner Galerie der Akademie Sankelmark die wohl bisher umfassendste Retrospektive der Kunst des (beinahe) Antipoden Michelsen. Die bereits in der Hensel-Schau beobachtete Gunst des Raumes (Eingang und Hauptraum und dazwischen der lange Gang mit seinen Beleuchtungsmöglichkeiten) kam auch den Werken des dreißig Jahre jüngeren Malers zugute. Vieles bestätigte der (gesamte) Einblick, manches begegnete als

Überraschung:

Die Art der Stilisierung ist keine Manie, sondern stellt sich als Vereinfachung, damit als Verständlichmachung heraus: die bizarren Formen der Technik ebenso wie die „kleinen“ Wesen der Natur, durch Vergrößerung nicht vergrößert, sondern verfeinert, damit sie hineinpassen. Verfremdungen oder Kompositionen (wie Riesenheuschreck vorm Bäumchen, Fischköpfe und Laich und Seepferdchen) stilisieren streng, damit es den Anschein einer Sentimentalität ausschließt.

Soweit sie Elementares meinen bzw. treffen, sind Blatt und Laich und Fisch und Schädel und Keime Grundformen, wenn nicht Urformen, wie sie im Lebendigen verborgen sind und sich im Wachstum oder in der Todeserstarrung wieder zeigen. — Das Verhältnis all dieser Lebensformen zur Zivilisation ist kaum ein Problem der Bilder, das über Andeutungen hinausginge. Das klingt deutlich erst an, wenn Michelsen es im Monumentalen der „Kunst am Bau“ gestaltet, verständlich der Menschengruppe, für die es bestimmt ist.

*

Uwe Michelsen ist 1938 in Bremerhaven geboren. Nach der Lehre studierte er in Kiel freie und angewandte Malerei. Mitglied im Landesverband Bildender Künstler Schleswig-Holsteins, lebt er seit 1973 in der Alten Schule Kleinsolt, Wohnung und Atelier mit Ausstellungsmöglichkeit auch für „Kollegen“ aus nah und fern. — Beteiligung an Gruppenausstellungen oder Einzelschau haben ihn u. a. in Bad Segeberg, Burg Liebenzell, Büsum und Flensburg, in Kiel, Fulda, München, Plön, Stuttgart und Tuttlingen sowie in Dänemark und Norwegen bekannt gemacht. Was aber weit über das Experimentelle, das Strittige und schließlich das persönliche Bestreben in solchen Exponaten hinausgeht und zu ganz anders gearteten Wirkungen führt,

das ist das Werk Michelsens „am Bau“, also seine eigene „Rückkehr zum erhöhten Handwerk“. Was man davon in Tarp und Sörup, in Wanderup und Großsolt, in Kieholm und Großenwiehe, in Sterup und in Flensburg zu sehen bekommt, das alles und noch anderes ist nach öffentlichen Wettbewerben in Auftrag gegeben worden. Zwar spürt, wer den Maler kennt, seine Materialvorliebe, seine Formenfreude und seine nachdenklichen Ziele heraus, aber der neutrale Beschauer wird ohne Aufdringlichkeit informiert und sogar zu Begegnung und Klärung und Stimmung gebracht. Zwei Beispiele, unterstützt durch Fotos, mögen das erläutern:

Die Eingangswand der Sporthalle der Heinrich-Andresen-Schule in Sterup hat der Meister mit Fußbällen verschiedener Größe und attraktiver Plastizität gekrönt (könnte man sagen). Das Hauptwerk aber, auf die nach West blickende Seitenwand gemalt, besteht aus vier Bildern, die zusammen 26 Meter lang und 9,80 Meter hoch sind. Wer sich vom unteren Tor des riesigen Rasens nähert, dem geht bald das Einladende und das Neugierigmachende solcher „Kunst am Bau“ auf: Es gibt für junge Menschen auch anderes als Fußballspielen, und sei es zum Erholen und Nachdenken in der Spielpause. Es gibt aber auch anderes als Schulärger und Fragwürdigkeit der Zeit und ihrer Technik, und sei es der gelassene Lebens- und Überlebenswille der Natur, und es wird weiterhin geben, was man Oberflächlichkeit und Weltangst nennt, aber dem steht entgegen (oder zur Seite?) Schönheit der Kunst und die Bewunderung dafür und kaum weniger das Nachdenken, das ein wenig tröstet. — Wer wollte sich so etwas nicht näher ansehen?

In der Sonderschule G (Elbestraße in Flensburg) gelangt man durch einige dekorativ bemalte Gänge in den nur nach oben offenen Pausenhof. Mit seiner Kunst

an den vier Wänden ist Michelsen ein besonders lebendiger Wurf geglückt. Auch hier ist die „künstlerische“ Grundlage eine Art Elementar-Typologie, die er auf das Spielerische und Spontane und damit auf das naive Verständnis reduziert. Gleichwohl werden Erwachsene — hier besonders Lehrer und Eltern — nichts davon als Kinderspielzeug abtun, sondern die kleine Welt mit Bäumen, Blumen und Wachstum, mit Fischen, Schmetterlingen und Beweglichkeit, mit Schiff, Eisenbahnbrücke und Leuchtturm als Zuhause und Umwelt für eine leicht eingeschränkte Lebensfreude verstehen. Ein Künstler ist Uwe Michelsen, für den Ordnung und Disziplin im Formen seiner Einfälle eine Selbstverständlichkeit bedeuten, der Material und Technik vom Sujet oder vom Thema bestimmen läßt, der nicht mit persönlichen Thesen oder Doktrinen kokettiert oder sie überflüssigerweise zu diskutieren liebt, der weiß, daß geniale Begabung ein schönes Dekor bedeutet, aber zum Gelingen einer „Arbeit“ weniger beiträgt als Fleiß, intuitiver Blick, Solidität und Geduld in der Sache. Das mag für den (s. o.) Rang des Künstlers wie des Handwerkers gleichermaßen gelten und damit das Wesen der „Kunst am Bau“ erfüllen.

Wer kennt wohl noch Fontanes Verse, abhold verschwommenen Phantastereien und metaphysischen Spekulationen:

„Dat aliens bumst un klappert to veel.

Ick bin mehr vor allens,

wat lütt is un still,

en beten Beschreibung, en beten Idyll;

wat läuschig is, dat wihr so min Oart.

Dat Best blewet doch immer

dat Minschenhoart.“

Hans Olland gestorben

Plötzlich und unerwartet ist Hans Olland, der Nachfolger unseres langjährigen Geschäftsführers Ernst Harms, in den ersten Tagen des Juli gestorben. Hans Olland, hat seit 1977 in engagierter und sehr tüchtiger Weise die Geschäfte des Grenzfriedensbundes geführt und die viele Arbeit geleistet, die mit der Verlegung der Geschäftsstelle von Husum nach Flensburg verbunden war.

Hans Olland wurde am 29. April 1914 in Dinslaken (Westfalen) geboren und kam in den dreißiger Jahren nach Flensburg, wo er 1938 als Polizeisekretär ins Polizeipräsidium eintrat. Im Jahre 1945 wechselte er in den Verwaltungsdienst der Stadt Flensburg über, wo er überwiegend im sozialen Sektor tätig war. 1977 trat er als Amtsinspektor im Sozialamt in den Ruhestand. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Hans Olland, der mehrere Jahre ehrenamtlicher Geschäftsführer der Flensburger Arbeiterwohlfahrt gewesen war, die Geschäftsführung des Grenzfriedensbundes. Während der vier Jahre seiner Tätigkeit beim Grenzfriedensbund verstand es Hans Olland in seiner kontaktfreudigen und regen Art, zusammen mit dem Vorstand zahlreiche Tagesfahrten nach Nordschleswig durchzuführen, wodurch den Mitgliedern die Einrichtungen der deutschen Volksguppe sowie Sehenswürdigkeiten in Nordschleswig anschaulich vor Augen geführt worden sind.

Hans Olland führte alle Angelegenheiten des Grenzfriedensbundes stets in sorgfältiger, genauer und zeitgerechter Weise, sodaß sein Nachfolger unmittelbar an dessen Arbeit anknüpfen konnte. In seiner Tätigkeit für den Grenzfriedensbund unterstützte ihn auch seine Frau Gerda, mit der er vierzig Jahre lang verheiratet war.

*

Der neue Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes heißt Walter Harenberg

Der plötzliche Tod ihres Geschäftsführers Hans Olland brachte den Grenzfriedensbund in eine schwierige Situation, die mit der Übernahme der Geschäftsführung durch seinen Nachfolger Walter Harenberg in erfreulich kurzer Zeit behoben werden konnte.

Walter Harenberg, der neue Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes, wurde am 8.12.1914 in Süderschmedeby im Kreise Flensburg geboren. Er besuchte das Alte Gymnasium in Flensburg, wo er sein Abitur machte. Einziehung zum Wehrdienst 1935-37, anschließend Aufnahme des Universitätsstudiums, Wechsel in die

Verwaltungslaufbahn aus wirtschaftlichen Gründen 1938 und in derselben geblieben bis zum 31.12.1979, seit 1950 im Schulamt der Stadt Flensburg tätig. Von 1939 bis 1946 Soldat, u. a. in Afrika, von 1943 bis 1946 in amerikanischer Gefangenschaft. Walter Harenberg ist aus dem Dienst geschieden als Oberamtsrat, ist verheiratet und hat vier Kinder. Das ist der „Steckbrief“ unseres neuen Geschäftsführers. Ein Gutteil unserer Mitglieder hat ihn inzwischen kennengelernt auf unseren diesjährigen Nordschleswigfahrten nach Hadersleben und Christiansfeld. Durch die schnelle Gewinnung von Herrn Harenberg als Geschäftsführer war eine reibungslose Weiterführung der Arbeit des Grenzfriedensbundes möglich.

*

Dr. Boysen neuer Stellvertreter im Deutschen Grenzverein

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Grenzvereins bestellte Staatssekretär Dr. Kurt Boysen zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. Hans Peter Johannsen an. Auf der Mitgliederversammlung würdigte der Vorsitzende des Grenzvereins, Dr. Hartwig Schlegelberger, noch einmal die großen Verdienste Dr. Johannsens um den Landesteil Schleswig und das deutsch-dänische Grenzland.

Einen breiten Raum nahm auf der Sitzung die Erörterung der Tätigkeit der im vorigen Jahr gebildeten sieben Sektionen des Grenzvereins ein, deren Aufgabe es ist, dem Vorstand für dessen Arbeit Vorschläge und Empfehlungen zu unterbreiten. Jede Sektion hat etwa acht Mitglieder, deren Auswahl so erfolgt ist, daß alle Bevölkerungsgruppen vertreten sind, um ein möglichst breites Beratungsspektrum zu haben.

*

Neuer dänischer Generalkonsul in Flensburg

Im dänischen Konsulat in Flensburg hat ein Wechsel stattgefunden: Am 1. September traf der neuernannte Generalkonsul Jörgen Peder Hansen sein Amt an. Er löste den bisherigen Generalkonsul Arne Fog Pedersen ab, der dieses Amt in den letzten fünf Jahren innehatte. Arne Fog Pedersen, der am 25. August sein 70. Lebensjahr vollendete und Ende des Monats in den Ruhestand getreten ist, hat ursprünglich Theologie studiert. Unterbrochen von einer dreijährigen Tätigkeit als Abteilungsleiter im dänischen Rundfunk und einer ebenfalls dreijährigen Amtszeit als Kirchenminister im Kabinett Baunsgaard 1968-1971, war er 35 Jahre lang Leiter der Heimvolkshochschule in Rødding. 1972-1976 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden im dänischen Grenzverein.

Der neue Generalkonsul Jørgen Peder Hansen war u. a. als Königlicher Zollkontrolleur tätig, bevor er Politiker wurde. Als sozialdemokratischer Abgeordneter vertrat er lange den Wahlkreis Svendborg auf Fünen im dänischen Parlament. Von 1975 und bis zur Umbildung der dänischen Regierung im Frühjahr war er Kirchenminister und zugleich Minister für Grönland.

*

Europäische Themen stehen im Vordergrund

20 Tagungen, Seminare, Exkursionen und Vorträge bietet die Europäische Akademie Schleswig-Holstein in Leck/Nordfriesland bis zum Jahresende an. Im Vordergrund der Themenpalette stehen natürlich. europäische Probleme.

Die Europa-Akademie in Leck wird vom Deutschen Grenzverein und der Gesellschaft Europäischer Akademien (Bonn) gemeinsam getragen. Eine genaue Übersicht über das neue Programm ist bei der Akademie (Flensburger Str. 18, 2262 Leck, Telefon 0 46 62-30 43) erhältlich.

*

Perspektiven deutscher Kulturarbeit

Als 54. Heft in der Schriftenreihe der Akademie Sankelmark des Deutschen Grenzvereins erschien der Abdruck der beiden Referate, die Dr. Hartwig Schlegelberger (Vorsitzender des Deutschen Grenzverein) und Gerhard Schmidt (Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger) auf der Januartagung 1981 der Volksgruppe hielten. Beide äußerten sich mit Grundsatzthesen zu den „Perspektiven deutscher Kulturarbeit in Schleswig-Holstein und Nordschleswig“. Das Heft kann über die Akademie Sankelmark oder den Buchhandel bezogen werden.

NACHTRÄGLICHE KORREKTUREN

Durch redaktionelles Versehen ist bedauerlicherweise eine Reihe von Druckfehlern in meinen Aufsatz „Philipp Melanchthon – Lehrer des Friedens“, GFH 2 (1981), S. 73 ff, geraten. Unschwer erkennbare Fehler in der Interpunktion und Orthographie (wie „Anlitz“ für „Antlitz“, „prädistinierten“ für „prädestinierten“ oder „Melanchton“ für „Melanchthon“) wird der Leser vermutlich stillschweigend selbst korrigiert haben. Sinnentstellend ist jedoch S. 78, Zeile 29, „Evangelismus“ statt richtig „Evangeliums“. Und in einigen Zitaten muß es korrekterweise so heißen: S. 77, Zeile 24, „... ein fromm Herz ...“; S. 81, Zeile 5, „... vernimm, m(ein) ...“, Zeile 8, „E(uer) ...“, Zeile 10, „E(uer) f(ürstliche) ...“, Zeile 25, „... gute Sitte ...“. S. 87,

letzte Zeile, muß es richtig heißen: „Schleswig-Holsteinisches Landesmuseum“.

R. Hansen